

Kata Imre, Szabina Nemes, Mariusz Rybak

**Die Einnahmequellen der Organisationen
des 3.Sektors in Ungarn**

Die Autoren:

Kata Imre studiert Internationale Beziehungen an der Eötvös Loránd Universität in Budapest, Ungarn. Sie spezialisierte sich auf die Entwicklung der Sozialpolitik in der Europäischen Union. Sie verbrachte ein Semester an der Humboldt–Universität zu Berlin als Erasmus Studentin.

Szabina Nemes studiert Medien- und Kommunikationssoziologie an der Eötvös Loránd Universität in Budapest, Ungarn. Ihre Schwerpunkte liegen in der Netzwerk-Forschung und der Erforschung von Entwicklungsphasen. Sie verbrachte ein Semester an der Humboldt–Universität zu Berlin als Erasmus Studentin. Derzeit arbeitet sie als Market Research Analyst bei AC Nielsen Germany in Ungarn.

Mariusz Rybak absolvierte Soziologie an der Technischen Universität in Krakau. Dort beschäftigte er sich vor allem mit der Genozidforschung. Seit dem Jahre 2007 studiert er als DAAD-Stipendiat Sozialwissenschaften im Masterstudiengang an der Humboldt-Universität zu Berlin. Seine fachlichen Schwerpunkte liegen in der Demokratieforschung und der Politischen Ökonomie.

Die Arbeit wurde im Rahmen des Seminars: „Zivilgesellschaftspolitik im internationalen Vergleich“ bei Rupert Graf Strachwitz an der Humboldt-Universität zu Berlin verfasst.

Impressum

Herausgeber: MAECENATA Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin, Albrechtstraße 22, 10117 Berlin,
Tel: +49-30-28 38 79 09,
Fax: +49-30-28 38 79 10,
E-Mail: mi@maecenata.eu,
Website: www.maecenata.eu

Reihe Opuscula ist frei erhältlich unter: www.opuscula.maecenata.eu

Redaktion Rupert Graf Strachwitz, Thomas Ebermann, Christian Schreier

ISSN (Web): 1868-1840 **URN:** urn:nbn:de:0243-072009op333

Alle Rechte vorbehalten! Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Gastbeiträge geben ausschließlich die Meinung der Verfasserin bzw. des Verfassers wieder.

Haftungsausschluss Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernimmt das Maecenata Institut keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.

Inhalt

Einleitung.....	4
1. Der politische und geschichtliche Rahmen des 3. Sektors in Ungarn	5
1.1 Das Erbe der früheren Jahrzehnte und der Wendepunkt 1989	5
1.2. Die Neugeburt der ungarischen Zivilgesellschaft und die frühe Entwicklung in der Gesetzgebung im 3. Sektor	7
2. Die Finanzierungsmöglichkeiten im ungarischen 3. Sektor.....	10
2.1 Die Rolle der verschiedenen Finanzierungsmöglichkeiten in den ungarischen Non- Profit-Organisationen	10
2.2 Die Veränderungen der Einnahmequellen des 3. Sektors.....	12
3. Die Einnahmequellen der Non-Profit-Organisationen in Ungarn.....	16
3.1 Das 1%-Gesetz.....	16
3.1.1 Der historische Hintergrund des 1%-Gesetzes.....	16
3.1.2 Das 1%-Gesetz – Pro und Kontra.....	18
3.1.3 Der Einfluss des 1%-Gesetzes auf die Einkommensverteilung im 3. Sektor.....	20
3.1.4 Bürger in der Spender-Rolle	21
3.2 1%-Philanthropie in anderen Ländern	22
3.2.1 Italien – otto per mille und cinque per mille.....	23
3.2.2 Litauen, Polen, Rumänien und die Slowakei – <i>Percentage Philanthropy</i>	25
3.3.1 Nationaler Zivilfonds (NZF) – Pro und Kontra.....	28
3.3.2 Die Wirkung des Nationalen Zivilfonds	29
3.4 Die Mittel aus der europäischen Union	30
3.5 Die ehrenamtliche Arbeit als „Einnahmequelle“ im 3. Sektor.....	31
3.6 Die Non-Profit-Organisationen ohne Einnahmen.....	32
4. Fazit.....	32
5. Literatur:	36
6. Abbildungsverzeichnis.....	38

Einleitung

In den letzten Jahren kam es weltweit zu einem intensiven wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Interesse an jenen Organisationen, die einen Platz neben Staat und Markt besetzen.¹ Diese Organisationen, die Bezeichnungen wie „non-profit“, „volunteer“, „nongovernmental“, „karitativ“ oder „zivilgesellschaftlich“ tragen, sind anscheinend sehr bedeutend. Trotz der Vielfältigkeit zeigen sie eine Vielzahl an gemeinsamen Merkmalen, durch die sie sich als eine abgrenzbare Organisationsgruppe, bzw. ein eigenständiger, gesellschaftlicher Sektor interpretieren lassen. Sie gehören weder zum staatlichen System, noch zu den privatwirtschaftlichen Unternehmen. Zum Ziel machen sie sich Aufgaben, die der Gemeinschaft dienen und keinesfalls vom Profit abhängen. So können sich auf den ersten Blick zwei scheinbar sehr unterschiedliche Werte in den Non-Profit-Organisationen (NPOs) verwirklichen: einerseits Freiheit und private Initiative sowie der liberale Gedanke, dass Menschen das Recht auf autonome Entscheidungen haben, die ihren Bedürfnissen und Interessen am besten entsprechen; andererseits geht es um Solidarität und Verantwortung innerhalb der Gemeinschaft bzw. Gesellschaft. So können NPOs als Privatorganisationen einem gesellschaftlichen Zwecken dienen. Aus wirtschaftlicher Perspektive könnten sie als die Organisationen definiert werden, die den größten Teil ihrer Einnahmen aus privaten Spenden gewinnen können. So eine Definition wäre jedoch schon längst durch unterschiedliche Forschungsergebnisse widerlegt worden. Man muss dennoch darauf hinweisen, dass der Non-Profit-Sektor einen wirtschaftlichen Faktor neben dem Staat und dem Markt darstellt. Er weist eine steigende ökonomische und finanzielle Macht, und dadurch auch wichtigen Einfluss auf den Arbeitsmarkt auf. In diesem Zusammenhang scheint die Durchsicht der Einnahmequellen des 3. Sektors unumgänglich zu sein. Der 3. Sektor wird auch stark mit dem Begriff des sozialen Kapitals verbunden.

Das Ziel der Arbeit ist, die wichtigsten Einnahmequellen der ungarischen Non-Profit-Organisationen zu analysieren, wobei der Schwerpunkt auf die innovative 1%-Philanthropie gesetzt wurde, die als System erst in Ungarn entwickelt wurde, obwohl die Idee von ähnlichen Initiativen in Italien und Spanien inspiriert worden war.

In dieser Studie lassen sich zwei Hauptteile unterscheiden. Im ersten Teil, der die Kapitel 1. und 2. umfasst, wird der Rahmen für die weitere Beschreibung und Analyse geliefert. Der politische und der geschichtliche Rahmen, die die Entwicklung der

¹ In dieser Arbeit wird die Auffassung vertreten, dass die Non-Profit-Organisationen einen dritten eigenständigen Sektor, neben dem Staat und dem Markt, bilden. Es handelt sich um ein Paradigma der Drei-Sektoren-Gesellschaft (a paradigm of a Three-Sector society) im Gegensatz zu dem Zwei-Sektoren-Paradigma (Gidron 2008, 20).

ungarischen Zivilgesellschaft und das Verhalten der Akteure nach der Wende im Jahre 1989 beeinflusst haben, werden im ersten Kapitel vorgesehlt. Es handelt sich um das Erbe vorangegangener Jahrzehnte und die Neugeburt des 3. Sektors in Ungarn samt den ersten Gesetzen für NPOs. Der historische Überblick zeigt auch die ersten Jahre nach 1989, in denen die entscheidenden Prozesse abgelaufen sind, die zur Herausbildung des 3. Sektors und seiner Abgrenzung von Staat und Markt geführt haben. Im zweiten Kapitel wird auf das Problem der Entscheidungsmechanismen bezüglich der Finanzierung des 3. Sektors hingewiesen, die die theoretischen Grundlagen für die weitere Analyse bilden. Es geht um die Förderpolitik der den 3. Sektor unterstützenden Akteure in Ungarn. Die Analyse der Einnahmequellen wird im 2. Hauptteil fortgesetzt. Besonders der so genannten 1%-Philanthropie, als einer innovativen Quelle der Finanzierung der ungarischen NPOs, wird mehr Aufmerksamkeit geschenkt. Die 1%-Philanthropie in Ungarn wird auch mit ähnlichen Systemen in anderen Ländern verglichen. Aufgegriffen werden in diesem Kapitel auch die Rolle und Wirkung des Nationalen Zivilfonds, die Relevanz der ehrenamtlichen Arbeit und die Förderungsmittel der Europäischen Union, um die sich die NPOs bewerben können. In einem Fazit werden die wesentlichen Aspekte dieses Beitrags zusammengefasst.

1. Der politische und geschichtliche Rahmen des 3. Sektors in Ungarn

1.1 Das Erbe der früheren Jahrzehnte und der Wendepunkt 1989

Wenn die Theorie des politischen Neorealismus in den internationalen Beziehungen annimmt, dass das internationale politische System anarchisch sei und nach dem Prinzip der Macht funktioniere (Waltz 1965), kommt das vielleicht nirgendwo so eindeutig zum Vorschein wie in der Geschichte Mittel- und Osteuropas nach dem Zweiten Weltkrieg. Das Ende des Dritten Reiches brachte nur wenigen Staaten im Westen eine echte Befreiung, östlich der Elbe haben nur die Nationalitäten der Täter gewechselt. Unabhängig davon, ob die Länder Mittel- und Osteuropas auf der Seite des Dritten Reiches oder auf Seiten der Alliierten standen, wurden sie alle nach dem Krieg zu Satellitenstaaten der Sowjetunion. Die Grenzen wurden willkürlich verschoben, Millionen Menschen zwangsweise umgesiedelt, das neue von der Mehrheit nicht gewollte politische System eingeführt. Wenn man über die Entwicklung der Zivilgesellschaft in diesem Teil Europas spricht, soll man sich erst einmal über den erheblichen Einfluss der über vierzig Jahre andauernden Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg klar werden, da sie das Bild dieser Länder einzigartig geprägt hat und diesen Zivilgesellschaften immer noch Probleme bereitet, die in Westeuropa nicht zu finden sind. Es waren über vierzig Jahre ohne freie

Entfaltung der zivilgesellschaftlichen Initiativen und über vierzig Jahre des wachsenden Misstrauens gegenüber dem Staat, das auch nach 1989 noch lange herumgeisterte.

Die Entwicklung in Ungarn kann einerseits als ein Beispiel für alle postkommunistischen Länder Europas fungieren, andererseits muss man jedoch behaupten, dass Ungarn nach der Wende zu einer Art Vorreiter im Bereich der Gesetzgebung für die NGOs in der Region wurde (Bullain 2002, 1), was in den weiteren Kapiteln noch deutlicher zu sehen ist. Diese Lebhaftigkeit der ungarischen Zivilgesellschaft wirkt noch stärker, wenn man darüber im Klaren ist, dass es bis 1989 keine freie Entwicklung in diesem Bereich geben konnte. 1989 stand Ungarn vor einem neuen System, vor der Demokratie, die wesentlich auch mit dem freien Markt verbunden war, und konnte keine Traditionen in den wirtschaftlichen und rechtlichen Regulierungen des 3. Sektors aufgreifen, wie es in den westlichen Staaten der Fall war. Es bedeutet nicht, dass Ungarn in seiner Geschichte nie eine Demokratie oder zivilgesellschaftliche Organisationen hatte. Der Kommunismus hielt dort erst nach dem Zweiten Weltkrieg Einzug. Man konnte jedoch nicht alle Lösungen in dem Sachverhalt aus der Zwischenkriegszeit suchen. Die ungarische Demokratie war 1989 auf eine gewisse Art und Weise *tabula rasa*, und doch hat der Kommunismus viele Spuren hinterlassen.

Das kommunistische Regime in den 40er Jahren sah Individualismus als einen Bestandteil der *bourgeois*-Ideologie. Die Massen mussten umerzogen werden. Alle sozialen Bewegungen gerieten unter die Kontrolle der Partei. Die Basis einer freien Zivilgesellschaft – Stiftungen und Vereine – wurden liquidiert. All das, was für den neuen sozialistischen Staat von Nutzen war, wurde nationalisiert und unterstützte jene „Umerziehung“. Das war vor allem bei den sogenannten sozialen Organisationen der Fall, zu welchen zum Beispiel das Ungarische Rote Kreuz, die Gesellschaft für Weiterbildung der Erwachsenen, der Friedensrat und die Patriotische Front (Kuti 1993, 4) gehörten. Es gab damals keine Finanzierungsschwierigkeiten. Die sozialen Organisationen erhielten ihre Mittel fast ausschließlich aus dem staatlichen Budget, und waren gleichzeitig stark mit den Strukturen der Partei verbunden. Gerade diese Organisationen suchten nach der Wende eine neue Identität und Rolle in der Gesellschaft (Kuti 1993, 6f.), um damit ihre Unterstützung für das neue demokratische System zu manifestieren und dadurch auch ihre Daseinsberechtigung zu sichern.

Nach dem Aufstand 1956 begann der Staat stufenweise seine Kontrolle zu lösen, wurde aber noch misstrauischer gegen jegliche Initiativen seiner Bürger. Es gab zwar schon die Möglichkeit Vereine zu gründen, aber die Regulierungen wurden strikter und schwieriger zu überwinden. Trotzdem wandelten sich viele von diesen Vereinen allmählich

in eine Art Wiege späterer politischer Parteien, wie etwa der Fonds für Armutsbekämpfung für die Liberale Partei (Kuti 1993, 5). Das ganze System ging 1989 zugrunde. In Polen sprach man damals über einen Schlusstrich², der die neue Republik von der Vergangenheit trennen soll. Und die Lösungsvorschläge waren tatsächlich neu, nur konnte man sich von vielen alten Problemen nicht einfach durch einen offiziellen Schlusstrich abschotten.

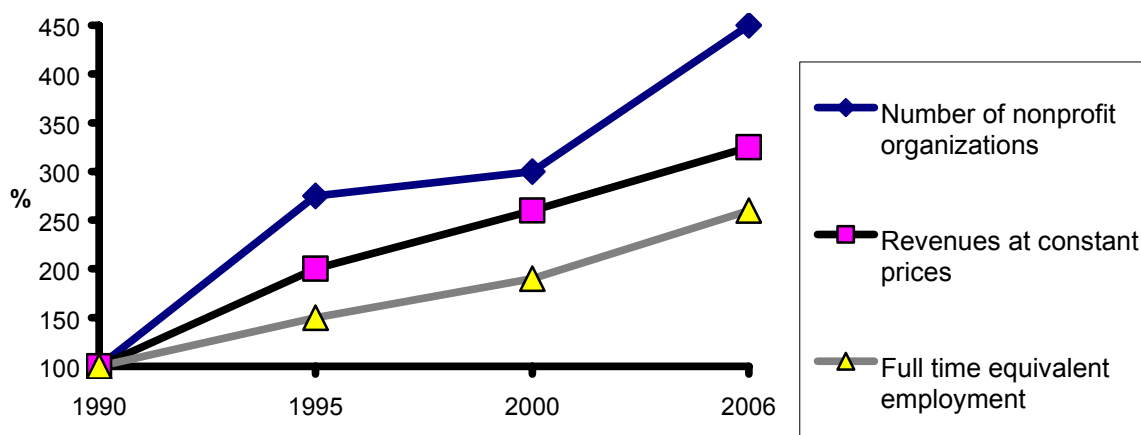
1.2. Die Neugeburt der ungarischen Zivilgesellschaft und die frühe Entwicklung in der Gesetzgebung im 3. Sektor

Trotz vieler Probleme erlebte die Zivilgesellschaft in Ungarn nach 1989 einen Boom. Was über vierzig Jahre still stand, entwickelte sich nun in großen Sprüngen. Schon 1992 gab es in Ungarn ca. 17000 Non-Profit-Organisationen (bei einer Bevölkerungszahl von 10 Millionen), also mehr als vor dem Zweiten Weltkrieg³ (Kuti 1993, 4ff.). Die ihrer Regierung gegenüber immer noch misstrauische Gesellschaft versuchte ihre Bedürfnisse selbst zu erfüllen und zwar möglichst unabhängig vom Staat. Dafür schienen die NPOs die beste Form zu sein. Die Stiftungen wurden wieder als ein Organisationstyp eingeführt und der ganze Sektor genoss eine überaus großzügige Behandlung seitens der Finanzbehörde. Dieser Boom im 3. Sektor dauerte die ganze letzte Dekade des vorigen Jahrhunderts an (siehe Grafik 1.). Bis zum Jahr 2006 hat sich die Zahl der NPOs vervierfacht (2006 gab es schon 58000), ihre Einkommen verdreifacht, die Beschäftigung im Sektor wuchs um 162% (Kuti 2009, 1).

² Schlusstrich-Politik (*polityka grubej kreski*), siehe: Ash 1998 und http://pl.wikipedia.org/wiki/Gruba_kreska.

³ Vor dem 2.WK gab es 14365 NPOs mit fast 3 Millionen Mitgliedern, bei 8,7 Millionen Einwohnern.

Grafik 1. Entwicklung des ungarischen 3. Sektors 1990-2006



Quelle: Kuti 2009, 1.

In der bunten und immer reicheren Landschaft des jungen ungarischen 3. Sektors unterscheidet man drei Typen von NPOs (Kuti 1993, 6-9). Außer den Vereinen, die sich durch formale Mitgliedschaften auszeichnen, und den Stiftungen, die einen festgelegten Zweck und nachgewiesene ausreichende Kapitalausstattung brauchen, gibt es auch die oben erwähnten sozialen Organisationen, zu denen Kirchen, Gewerkschaften, Rotes Kreuz, Minderheits-, Friedens-, Jugend- und Frauenorganisationen zählen, die während des Sozialismus nationalisiert, stark kontrolliert und als Teil der sozialistischen Ideologie gesehen wurden. Auf die Dienstleistungen dieser Organisationen konnte die junge Demokratie nicht verzichten, gleichzeitig aber entfalteten sich die von ihnen beherrschten Bereiche relativ langsam im Vergleich mit all diesen, die bisher abwesend oder nicht ausreichend entwickelt waren. So gab es nur einen ziemlich kleinen Zuwachs von NPOs, die sich mit Sport, Erholung, Kultur sowie Wirtschafts- und Berufsanwaltschaft beschäftigten. Umgekehrt dagegen erscheint die Situation im Gesundheits-, Menschenrechts- oder Bildungsbereich (Kuti 1993, 2).

Dieser junge und schnell wachsende Sektor musste, besonders in den ersten Jahren nach der Wende, das fundamentale Problem seiner Finanzierung lösen. Es war ein langer Weg, begleitet von der immer wieder reformierten Gesetzgebung und Innovationsfähigkeit einzelner NPOs. Als Folge dieser Veränderungen haben die Einkommensquellen der ungarischen NPOs im Laufe der letzten zwanzig Jahre eine Struktur herausgebildet, die jenen der westeuropäischen Staaten ähnlich ist. 2006 stellten private Unterstützungen nur 14% der Einnahmen von NPOs dar. 44% wurden selbst verdient, 42% stammten von der Regierung. Die 44%, die von den NPOs selbst verdient

wurden, weisen auch darauf hin, dass sich die ungarischen NPOs eher auf die Bürger als Konsumenten und nicht auf Geber orientieren (Kuti 1993, 3). Der 3. Sektor hat angefangen, eine wichtige wirtschaftliche Rolle in Ungarn zu spielen. Schon 1995 haben seine betrieblichen Aufwendungen, die für dieses relativ kleine und sich im Prozess der Transformation befindliche Land, die erhebliche Summe von \$1,2 Milliarden erreicht, was damals 2,8% des BIP entsprach. Der Sektor hatte auch 45000 Vollzeit-Arbeitsplätze geliefert, also ähnlich viele Stellen wie die Ungarische Post und viermal so viele wie die damals größte private Firma (Salamon & Anheier 1999, 306f.).

Der Staat, der zwar viele Initiativen der Zivilgesellschaft willkommen geheißen hat, erwies sich aber allzu oft als ambivalent eingestellt. Er musste dennoch den ganzen Sektor, samt seiner Finanzierung, gesetzlich regulieren. Bis zum Jahr 1992 gab es nur ein paar Gesetze, die die Besteuerung der NPOs zwar geregelt haben, aber gleichzeitig keine Struktur gebildet haben. Besonders Stiftungen wurden steuerlich in diesen ersten Jahren begünstigt, was dazu führte, dass viele Institutionen, wie zum Beispiel Bibliotheken, Museen, Schulen oder Krankenhäuser, eigene Stiftungen gegründet haben, um diese Steuervergünstigungen zu nutzen und auf diese Weise wenigstens Teile ihrer finanziellen Probleme zu lösen. Mehrmals wurden auch Stiftungen missbraucht, um Gewinne im wirtschaftlichen Sektor zu generieren. Diese Situation wurde von der Regierung 1992 mit dem neuen Steuergesetz geändert (Kuti 1993, 10).

Ein nächster wichtiger Schritt in der mit dem 3. Sektor verbundenen Gesetzgebung war die Reform des Bürgerlichen Gesetzbuches 1993, durch die neue Formen der NPOs eingeführt wurden. Dabei handelt es sich um Stiftungen des öffentlichen Rechts, Vereine des öffentlichen Rechts und die *public benefit company*. Diese Reform wurde 1997 um ein zusätzliches Gesetz zu *public benefit organisations* ergänzt, nachdem die Regierung ein Jahr zuvor das sogenannte 1%-Gesetz verabschiedet hatte. Somit wird eine neue Kategorie unter den NPOs unterschieden (bis 2000 haben 36% aller NPOs den Status erhalten), die zu bestimmten Steuervergünstigungen berechtigt ist, die früher nur Stiftungen zustanden (Csanady 1998). Diese Reformen sollten weiterhin die Transparenz und *accountability* in dem 3. Sektor verbessern, was zur Entwicklung der 1%-Philanthropie beigetragen hat.

2. Die Finanzierungsmöglichkeiten im ungarischen 3. Sektor

2.1 Die Rolle der verschiedenen Finanzierungsmöglichkeiten in den ungarischen Non-Profit-Organisationen

Die Organisationen im 3. Sektor erzielen ihre Einnahmen aus verschiedenen Quellen, seien es die Arbeit der Freiwilligen, die Spenden oder die staatliche Umverteilung. Der Sektor ist mit vielen Bereichen der Wirtschaft und allen Gruppen von Kapitaleigentümern verbunden. Die Einnahmen bestimmter Organisationen können von der Entscheidung unterschiedlicher Akteure abhängig sein. Häufig wird die Entscheidung nicht an der Quelle der Einnahme getroffen, wie zum Beispiel im Fall der etatmäßigen Beihilfe wie z.B. Zoll-, Gebühr- und Steuerbegünstigung. Die Verteilung der Gelder, die aus den 1%-Abgaben der privaten Einkommensteuer erzielt werden, unterliegt der eigenen Entscheidung jedes Steuerzahlers. In einer ähnlichen Entscheidungsposition befinden sich Unternehmen in bestimmten Gemeinden. Die dortige Verwaltung ermöglicht es, einen bestimmten Prozentsatz der Steuer für Gewerbetätigkeiten, den lokalen NPOs zu spenden. Kuti nennt fünf Gruppen von Finanzierungsmöglichkeiten (Kuti 2003, 36):

1. *Die im Gesetz verankerte Distributionsmethode*, die angewendet wird, wenn die angegebenen Dienstleistungen nicht oder nur teilweise durch den Staat ausgeübt werden können. Dafür kann es mehrere Ursachen geben, zum Beispiel die Subsidiarität, die die Deckung sozialer Bedürfnisse an erste Stelle setzt. Sofern die Gesellschaft die angegebene Tätigkeit als einen landesverbürgten Kommunaldienst erkennt, wird die Organisation – vom Budget, das dafür eingeplant war – eine Beihilfe automatisch bekommen, im Allgemeinen anhand im Gesetz bestimmten Kriterien. Eine andere Ursache kann die Unfähigkeit des Staates sein, gesellschaftliche Probleme - z.B. Obdachlosigkeit - zu lösen. Seine Unfähigkeit zur Lösung dieser Probleme eingestehend, gibt er daher den NPOs gesetzliche Beihilfe zur Ausführung bestimmter Dienstleistung. Zahlreiche NPOs, die die organisatorischen Funktionen für die Gesellschaft übernehmen, werden ebenfalls mit Pro-Kopf-Beihilfen vergütet. Diese Beihilfe bringt eine Routine ins System und die Organisationen sollen nur bestätigen, dass sie den vorgegebenen Kriterien genügen. Aus dem unpersönlichen Charakter des Mechanismus ergibt sich, dass es keinen Kontakt zwischen dem Staat und den NPOs gibt. Daher haben die letzten keinen Einfluss auf den Verlauf der Verteilung.
2. Ganz anders stellt sich die Situation bei *den staatlichen und privaten Umverteilungsentscheidungen* dar. Dieser Mechanismus birgt große

Unsicherheiten für die Organisationen, weil die Entscheidung aufgrund subjektiver Kriterien getroffen wird. Wegen des individuellen Charakters jeder Entscheidung ist die Höhe der Beihilfen nicht vorherzusehen. Die NPOs müssen daher um jeden Forint⁴ kämpfen. Von Vorteil ist hingegen, dass diese Finanzierungsmöglichkeit kreative und innovative Bewerbungsstrategien erfordert und den Organisationen die Gelegenheit gibt, sich bei entsprechendem Einsatz, höhere Beihilfen zu erarbeiten. Im Allgemeinen kann man sagen, dass diese Umverteilung für die NPOs eine große Herausforderung und Chance zugleich darstellt. Die eigenen Stärken spielen dabei eine große Rolle.

3. *Die Entscheidungen, die auf der Partizipation und der Anknüpfung aufgebaut sind*, sorgen im Vergleich zu der im zweiten Punkt genannten Methode für mehr Stabilität. Die Organisationen können mit den Beiträgen und der freiwilligen Arbeit ihrer Mitglieder anhaltend rechnen. Der Mitgliedsverband ist eine Interessen- und Wertgemeinschaft, die eine enge Bindung an die jeweilige Organisation schafft und nur selten beendet wird. Wenn die Mitgliederzahl groß genug ist, dann decken die eingezahlten Beiträge auch die fixen Ausgaben der NPO. Aber selbst in den westlichen Staaten – geschweige denn in den ärmeren Ländern wie z.B. Ungarn – reichen die Beitragszahlungen nicht aus, um die laufenden Kosten zu decken, deswegen brauchen die Organisationen normalerweise zusätzliche Beihilfe. Der große Vorteil der auf Partizipation beruhenden Entscheidungen ist, dass die NPOs generell nur ihren Mitgliedern Rechenschaft schuldig sind.
4. *Die Verbraucher und Kaufentscheidungen* entwickeln eine Marktbeziehung zwischen dem Kunden und dem gemeinnützigen Dienstleister. Es kann zwei Gründe geben, aus denen eine NPO die Funktion des Herstellers und Dienstleisters ausfüllt. Erstens, wenn sie die Dienstleistungen ausbauen müssen, um ihre Grundfunktion auszuführen. Zweitens, wenn die Grundlage der Dienstleistung durch unternehmerische Tätigkeiten finanziert wird. Dieser Mechanismus funktioniert bei dem Teil des Sektors, dessen Zielgruppe sich die angebotenen Dienstleistungen leisten kann. Ein Problem entsteht, wenn die Grundfunktion auch für Bedürftige gewährt werden soll, die unfähig sind dafür zu bezahlen. In diesem Fall muss die NPO auf die Umverteilung zurückgreifen, um von dort Beihilfe zu bekommen.

⁴ Ungarische Währung; 1000 Forint ~ 3,60 € (Stand 07.05.09)

5. Die NPOs, die ihr Einkommen *aus Kapitalmarktanlagen* erreichen möchten, verhalten sich ähnlich wie gewinnorientierte Organisationen. Diese Finanzierungsmöglichkeit ist für die größeren amerikanischen Stiftungen bezeichnend, aber es kommt auch nicht selten unter den kleineren, auf Spenden angewiesenen Stiftungen vor, da sie ihre liquiden Geldmittel auf diese Weise vermehren möchten. Diese Entscheidung zieht ein großes Risiko nach sich, das in Ländern, die sich im Übergang zu einer Marktwirtschaft befinden, wo die Finanzinstitute noch rückständig und die Kapitalmärkte eher chaotisch sind, am größten ist. In solchen Ländern können es sich die NPOs nicht leisten, Experten zu beauftragen das Kapital effektiv anzulegen. Die Organisationen, die mit den Erträgen klug umgehen, sind nicht auf den unbeständigen Geschmack der Spender oder der Verbraucher angewiesen, wodurch Unsicherheit wegfällt und die Einkommen berechenbarer werden.

2.2 Die Veränderungen der Einnahmequellen des 3. Sektors

Die aufgezählten Finanzierungsmöglichkeiten garantieren den NPOs mehr Spielraum. Ihre Ausnutzung hängt von den Stärken und der Strategie der Akteure ab. Würde einer der genannten Finanzierungswege zu dominant werden, so könnte es zu einer bewussten Veränderung des Images, der Strategien und sogar der elementaren Ziele der Organisationen kommen. Das Verhältnis zwischen den Quellen, aus denen eine Organisation ihre Einnahmen erzielt, ist von großer Bedeutung für ihre Struktur und ihr Funktionieren.

Grafik 2. Die Einkommensverteilung nach den verschiedenen Finanzierungsmöglichkeiten, 1990-2000

	1990	1995	2000
Im Gesetz festgestellte Distributionsmethode	1,2	2,4	5,8
Umverteilungsentscheidungen auf der staatlichen Ebene	14,9	16,9	16,7
Umverteilungsentscheidungen auf der lokalen Ebene	2,4	3,2	5,1
Umverteilungsentscheidungen auf der privaten Ebene	23,8	23,4	16,9
Auf Partizipation und Anknüpfung aufgebaute Entscheidungen	11,7	9,4	5,9
Verbrauchers- und Kaufentscheidungen	36,4	31,7	44,3
Kapitalmarktanlagen	8,0	12,8	5,1
Sonstiges	1,6	0,2	0,2
<i>Summe</i>	<i>100,0</i>	<i>100,0</i>	<i>100,0</i>

Quelle: Kuti, 2003, 32.

Die obige Tabelle zeigt, durch welche Entscheidungsmechanismen die NPOs ihre Einkommen in den 90er Jahren erworben haben. Die Spenden aus dem Ausland, die für das Jahrzehnt typisch waren, sind in der Tabelle nicht gesondert angegeben.⁵ Wenn die Beträge mit denen aus einigen westeuropäischen Ländern und den USA verglichen werden, können große Unterschiede festgestellt werden:

- Die staatlichen Umverteilungsentscheidungen hatten einen viel kleineren Einfluss auf die Einnahmen des 3. Sektors in Ungarn, als in den westeuropäischen Ländern. Eine noch kleinere Rolle spielte die Unterstützung der lokalen Gemeindeverwaltungen.
- Die im Gesetz festgeschriebene Distributionsmethode ist 1990 nur teilweise in Kraft getreten, die gesetzliche Beihilfe hatte geringe Bedeutung.
- Die Verbraucher- und Kaufentscheidungen haben hingegen eine herausragende Rolle in der Finanzierung der ungarischen NPOs gespielt. Das Größenverhältnis der Umsatzerträge, Beiträge und Unternehmerprofits lag prozentual weit über dem westeuropäischen Niveau.
- Die Einkommen, die aus Partizipations- und Anknüpfungsentscheidungen stammen, waren in Ungarn auch wichtiger als in Westeuropa und den USA.
- Die Akteure aus dem privaten Umfeld haben zur Finanzierung der NPOs in Ungarn in größerem Ausmaß beigetragen als in Westeuropa und den USA – nicht nur als Käufer und Mitglieder, sondern auch durch ihre Umverteilungsentscheidungen.
- Auch die Höhe der Einkommen, die aus Kapitalmarktanlagen stammen, war prozentual höher als in Westeuropa und den USA.
- Wenn man sich den Zeitraum zwischen 1990 und 2000 in zwei Teilen anhand des Entscheidungsmechanismus der Einkommensquellen ansieht und es mit den ausländischen Erfahrungen vergleicht, merkt man, dass es keine bestimmte Entwicklung gab, sondern dass es sich vor allem um sich neutralisierende Prozesse handelte. Am Endpunkt dieses Prozesses hatten sich die Einkommensquellen des 3. Sektors Ungarns in ähnliche Werte aufgeteilt.

Entsprechend der Situation 1995, demonstriert die Grafik 2. den Anstieg der Gewichtung, der im Gesetz festgeschriebenen Distributionsmechanismen und der staatlichen Umverteilungsentscheidungen. Gleichzeitig sanken die Partizipations-, Verbraucher-, und Kaufentscheidungen. Das Gewicht der privaten Unterstützung sank auch geringfügig. Allein die Wichtigkeit der Kapitalmarktmechanismen ist der zur

⁵ Nach der Systemwende waren die westlichen Länder durch den Prozess der Demokratisierung sehr begeistert und hilfsbereit gegenüber Ungarn.

Konvergenz führenden Tendenz dieses Prozesses nicht gefolgt, was aber vom 3. Sektor ganz unabhängige Gründe hatte.⁶ Die Zinsen und sonstige Einnahmen des Finanzmarktes, mit seiner im Jahre 1995 beinahe 30%igen Inflation, haben sich außergewöhnlich erhöht.

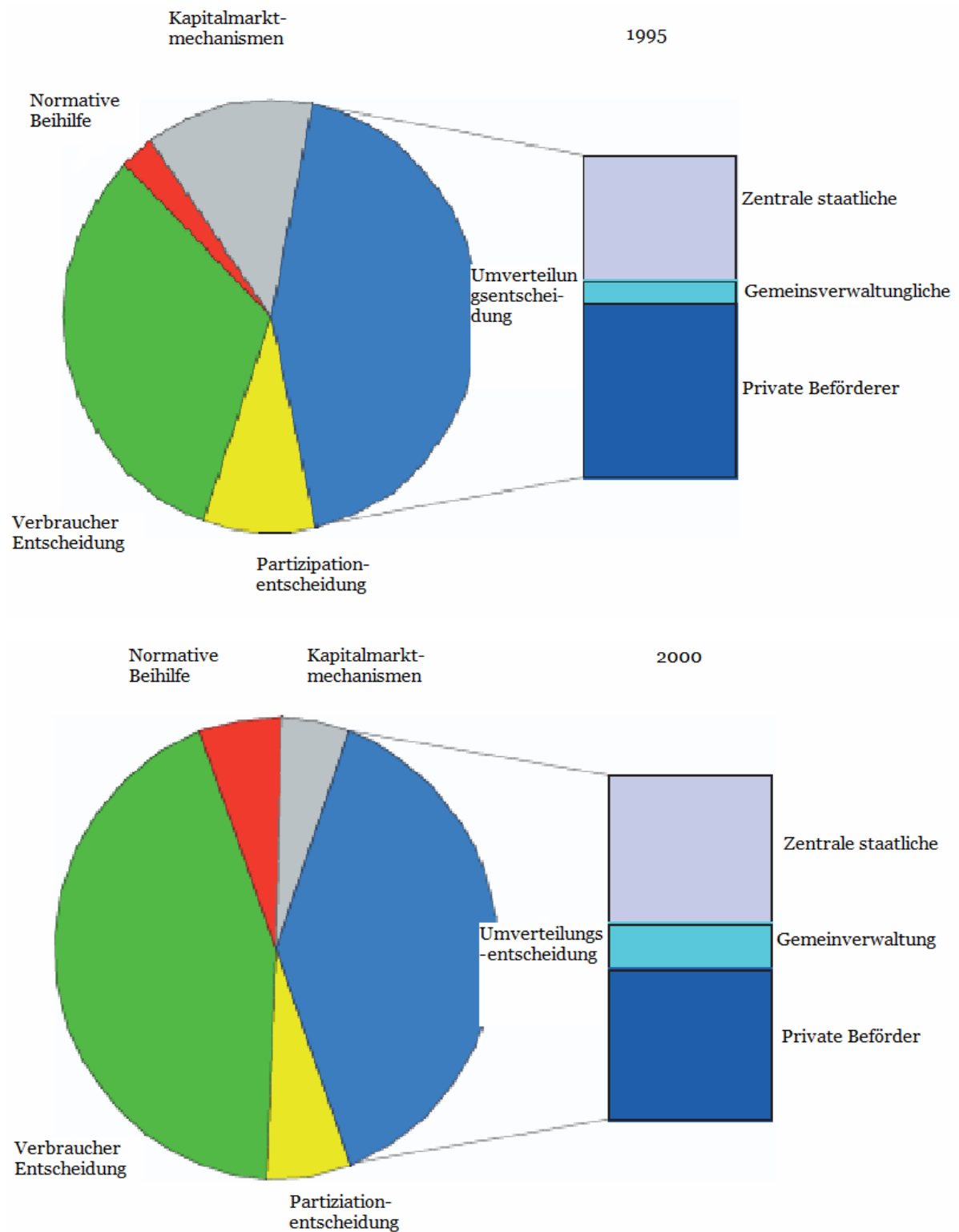
Im zweiten Teil des Jahrzehnts hat sich diese Tendenz geändert. Wie die Grafik 3. es anschaulich macht, hat dies als Grund, dass die Verbraucher- und Kaufentscheidungen wieder eine größere Bedeutung gewonnen haben. Wenn auch im kleinen Maß, hat der sinkende Anteil der zentralen Umverteilung diese Kursbewegung ebenfalls konsolidiert. Das Verhältnis zwischen den Einkommensquellen hat sich dem westeuropäischen angenähert, es konnte aber die oben genannte Tendenz nicht abgleichen. Die Bedeutung der im Gesetz bestimmten Finanzierung stieg und die Gemeindeverwaltungen praktizierten vermehrt eine unterstützende Politik. Gleichzeitig ist das Einkommen aus Kapitalmarktmechanismen gesunken, wie auch das aus dem privaten Sektor (Beiträge oder Spenden). Für die Wandlung der Finanzierungsstrukturen gibt es mehrere Gründe. Hier spielten sowohl externe, mit der Wirtschaft zusammenhängende Prozesse, als auch die Veränderungen in der Struktur der Non-Profit-Dienstleistungen eine Rolle.⁷ Diese Strukturen wurden in ihrer Entfaltung auch von der gesetzgeberischen Kompetenz⁸ des Staates beeinflusst.

⁶ Die Einkommen von Zinsen und Finanzoperationen sind durch eine starke Inflation höher als gewöhnlich gestiegen.

⁷ Die Anzahl von Organisationen für Sport, Freizeit und Interessenvertretung ist Ende der 90er Jahre zurückgegangen, obwohl sie noch Anfang der 90er Jahre die Mehrheit des Sektors bildeten. Ähnlich wie in den westeuropäischen Ländern wird der Dritte Sektor von den Organisationen für Umweltschutz, Menschenrechte, Gesundheitspflege, Wohltätigkeit u.ä. dominiert.

⁸ Drei neue juristische Organisationsformen der NPOs sind in Ungarn 1994 ins Leben gerufen worden: Gemeinnützige Stiftungen, Körperschaften des öffentlichen Rechts und Gemeinnützige Vereine.

Grafik 3. Einkommen des 3. Sektors gemäß den Entscheidungsmethoden in 1995 und in 2000



Quelle: Kuti 2003, 36.

3. Die Einnahmequellen der Non-Profit-Organisationen in Ungarn

Die Problematik der Einnahmequellen der ungarischen NPOs geht jedoch über den finanziellen Aspekt hinaus. Auf Grund unterschiedlicher Organisationsstrukturen, verschiedener Finanzierungen und Zusammensetzungen der Arbeitskraft des Sektors sowie der ganzen Struktur der NPOs, stellen die Quellen bei NPOs ein kompliziertes Bild dar. Deswegen kann man sich heutzutage nicht nur auf die finanziellen Einkommen der ungarischen NPOs verlassen, sondern muss auch auf die menschlichen Ressourcen Rücksicht nehmen, die trotz ihrem finanziell oft schwer nachweisbaren Arbeitswert, eine entscheidende Rolle in der Lobbykraft des Sektors spielen. Aber es wäre vielleicht interessanter zu untersuchen, welche effektiven Entscheidungsprozesse über die sichtbaren Geldbewegungen des Non-Profit-Sektors umgesetzt werden. Der Überblick der Einkommen und der realen Ausgaben der ungarischen Non-Profit-Organisationen führt auch zu einem klaren Argument in der politischen Diskussion in diesem Sektor (Kuti 2003, 15). In dieser Arbeit soll nun das Verhältnis der Einkommen und der Ausgaben aufgezeigt werden, um den politischen Hintergrund, der dem Entscheidungsprozess der Finanzierung der NPOs zugrunde liegt, in Einzelnem nachzuvollziehen.

3.1 Das 1%-Gesetz

Das 1%-Gesetz war ein Meilenstein im Bereich der Finanzierung des Non-Profit-Sektors, der in Europa als einzigartiger Lösungsansatz für die Einnahmequellen von NPOs herangezogen wird. Indem der Staat den Steuerzahlern das Recht gibt, dass sie 1% ihrer Steuern an eine selbst ausgewählte NPO spenden können, gibt er ihnen einen Teil der sozialen Verantwortung zurück. Denn so kann sich der Steuerzahler in seiner Rolle als 'Spender', auch ohne zusätzlichen Aufwand, für die NPOs einsetzen, und seine Rechte als freier Staatsbürger bewusst ausüben. Das staatliche Ziel des 1%-Gesetzes ist die Entwicklung einer Zivilgesellschaft in Ungarn (Kuti, Vajda 2000, 82, 85, 104; Sebestyén 2005, 30).

3.1.1 Der historische Hintergrund des 1%-Gesetzes

Kennzeichnend für den Zustand in der sozialistischen Zeit war das gegenseitige Misstrauen zwischen der Staatsmacht und den zivilgesellschaftlichen Organisationen. Damals diente die Regulierung vor allem zur Hemmung der Zivilgesellschaft. Der heute immer noch fortschreitende juristische Wandel hat mit der Wende begonnen und lässt auch auf einen Tonwechsel der beteiligten Parteien hoffen (Kuti & Vajda 2000). Die

Situation, die durch die Veränderung des 1%-Gesetzes hervorgerufen wurde, zeichnet sich insgesamt durch Unebenheiten aus, die aus der Uneinigkeit der schnellen und nicht immer eindeutigen Änderungen resultieren.

Juristisch wurde die Stiftung als Rechtsform 1987 rehabilitiert. Zwei Jahre später trat das für alle Staatsbürger Vereinsfreiheit garantierende Gesetz in Kraft. Im Jahr 1990 wurden Steuererleichterungen eingeführt, die im internationalen Vergleich als außergewöhnliche Großzügigkeit betrachtet wurden. Die direkte staatliche Förderung des Themas hat dazu geführt, dass durch Regulierungen günstige Bedingungen für das Wachstum des 3. Sektors hergestellt werden konnten. Auch in den nächsten Jahren machte sich die steuerpolitische Behandlung des 3. Sektors schrittweise bemerkbar: die Lage verschlimmerte sich und das Gesetz wurde obsolet. Als die später eintretenden Stiftungsskandale öffentlich wurden, nahm man den Anlass wahr, um 1992 eine Reduktion der Steuererleichterungen einzuleiten. Zusammen mit dieser Reduktion wurden die administrativen Verpflichtungen erhöht und die Bedingung für eine Begünstigung geändert. Waren die Vergünstigungen früher vom Tätigkeitsbereich abhängig, wurde jetzt ein allgemein nützlicher Status zugeteilt (Kuti, Vajda 2000, 34). Währenddessen tauchte die Idee zu Einschränkungen des Durchlasses der auf 1% der persönlichen Einkommensteuer basierenden Spenden auf.

Das Konzept der 1%- Gesetzgebung ist zum ersten Mal mit einem Gesetzesvorschlag von SZDSZ⁹ über die Rückgabe der katholischen Immobilien aufgetaucht. Diese Partei versuchte damit Finanzierungsprobleme und die Notwendigkeit des Strukturumbaus der katholischen Kirche in Ungarn nach der Wende zu lösen. Doch dieser Vorschlag hätte auf die NPOs ausgeweitet werden müssen. Trotz der Forderungen der parlamentarischen Parteien ist die SZDSZ-Beantragung wegen des Protestes der katholischen Kirche nicht zustande gekommen. Das nächste Mal tauchte der Gesetzesvorschlag, der einen Anteil von 1 % aus der persönlichen Einkommensteuer für gemeinnützige Zwecke vorsah, im Sommer 1995 in der Kampagne des Ministeriums für Kultur und Bildung, für die Verbesserung der Kulturförderung auf. Später wurde das 1% Selbstbestimmungsrecht ein zentrales Thema im Wahlkampf des SZDSZ. Schon bald darauf war es ein Bestandteil des Regierungsprogramms von 1994 (Bauer 2003). Auf Grund der Lobbykraft wurde es am 12. Dezember 1995 genehmigt und trat am 19. Dezember 1996 in Kraft. Aber der Diskurs zwischen dem Staat und der katholischen Kirche ist nicht verschwunden, er verstärkte sich sogar während das 1%-Gesetz vorbereitet wurde, als die katholische Kirche ein Vorzugsrecht gegenüber der NPOs

⁹ SZDSZ – ungarisch: Szabad Demokraták Szövetsége, deutsch: Bund Freier Demokraten.

anforderte. Aber nicht nur die Kirche stellte Ansprüche an die NPOs, auch das Finanzministerium und das Steueramt - zu der Zeit Antragsgegner des Gesetzes - wollten den Kreis der Begünstigten des 1%-Gesetzes begrenzen (Mészáros & Sebestyén 2000). Doch der linke Flügel der Regierung teilte diese Meinung nicht, da er das 1%Gesetz damals auf möglichst viele Non-Profit-Tätigkeitsbereiche ausweiten wollten. So stand das 1%-Gesetz zwischen politischen Ideologien (Bauer 2003). Die Akteure haben die Verwirklichung des 1%-Gesetzes aus anderen ideologischen Aspekten und politischen Interessen verhindert, um ihre Macht und Lobbykraft in dem staatlichen Gesetzgebungsprozess zu zeigen. Doch wurde bei der 1%-Gesetzgebung die Grundidee - freie Umverteilungsentscheidung des Steuerzahlers (Regierungsprogramm 1994) - im Auge behalten. Nach langen Prozessverhandlungen mit der katholischen Kirche wurde ein Kompromiss darüber geschlossen, dass die Kirche sich nicht zusammen mit den NPOs bewerben muss. So wurde 1997 das 1+1%-Gesetz (1997.CXXIX) verabschiedet. Die zwei Teile (1+1) sind unabhängig voneinander betrachtet: entweder sind nur Kirchen zu dem 1+1% Gesetz zugelassen und die nicht angegebenen 1% kommen nicht den NPOs zu Gute, sondern stehen dem jährlichen staatlichen Steuergesetz zur Verfügung, oder sie bleiben im Staatsbudget. Darüber können die Steuerzahler entscheiden. Das 1%-Gesetz für die Kirchen führte zu keiner vergleichbar großen Meinungsverschiedenheit, weshalb in den beruflichen und politischen Bereichen darüber verhandelt wurde.

3.1.2 Das 1%-Gesetz – Pro und Kontra

Dieser Teil stützt sich auf den Studien von Mészáros und Sebestyén einerseits und Vajda und Kuti andererseits. In diesen zwei Studien werden durchaus unterschiedliche Auffassungen vertreten. Das effektivste Argument entsteht aus der Abhandlung über die wahre Rolle des 1%-Gesetzes. Ist es nur eine Quellenamplifikation - Verteilung, die rational und einfach gelöst werden muss? Oder bedeutet es mehr? (Kuti, Vajda 2000, 25-29).

In der Studie von Mészáros und Sebestyén kann ein objektiver Vergleich der Vor- und Nachteile des 1%-Gesetzes beobachtet werden, aber vor allem haben die Autoren eine klare Meinung zum ganzen Prozess und dessen Geltungsbereich offengelegt. Das Ziel der Studie war zwischen den beruflichen Argumenten, einen ganz klaren Überblick über das 1%-Gesetz zu geben. Außerdem haben sie durch ihre Meinungen zu neuen Debatten über das 1%-Gesetz angeregt. Nach der Aufzählung der objektiven Tatsachen und der Vorteile, leiten die Autoren sehr kurz die nächste Folgerung ab, dass alles in allem der Steuerzahler versehentlich als Spender genannt wird. In der Wirklichkeit kann der

Steuerzahler nur darüber entscheiden, für welche NPOs der Staat die mit der Erhöhung der 1%-Gesetz gleichenden Beihilfe geben kann. Der Staat ist der richtige Spender und die NPOs betreiben unter den Steuerzahlern nur Lobby-Arbeit für eine vorteilhafte Beurteilung. Die Autoren stellen die Motivation des Steuerzahlers zum Allgemeinwohl beizutragen dar. Sie kritisieren die Entscheidung des Steuerzahlers wegen der sinnlosen momentanen Merkmale. Die Autoren weisen auch auf die Position des Steueramts (APEH) hin: je mehr Steuerzahlern über ihre 1%-Steuer verfügen, desto mehr Verwaltungsarbeit muss vom Steueramt geleistet werden. Es liegt also im Interesse des Steueramts wenig Informationen über die 1%-Steuer zu erteilen. Bei zweifelhaften Fällen entscheidet es sich für die Vorteile des Staates, die nach der Meinung der Autoren nicht verfolgbar sind. Die NPOs sind - so die Autoren - untereinander Wettbewerber, um die Steuerzahler für sich zu gewinnen, wobei die Methoden auch eine unfaire Konkurrenz erahnen lassen, bei der die Rivalität zwischen den gemeinnützigen Organisationen erkennbar wird. Die Autoren meinen, dass es besser wäre, wenn Spenden nicht nur aus der Verteilung der geringen öffentlichen Gelder bestehen würden, sondern auch aus der aus dem effektiven Einkommen stammenden freiwilligen finanziellen Beihilfe. Sebestyén und Mészáros halten es für richtig, dass der Staat sich zurückzieht, wollen aber, dass das 1%-Gesetz weiter angeboten wird. Ihrer Meinung nach wäre es unerlässlich und wichtig, eine nach Tätigkeit sortierte Liste wie Parteilisten zu erstellen, mit der der Steuerzahler die Tätigkeitsgruppen unterscheiden könnte (Mészáros, Sebestyén 2000, 22).

Den Standpunkt von Mészáros und Sebestyén kritisieren wiederum Kuti und Vajda. Die Autoren kommentieren und kritisieren die wirtschaftlichen und rationalistischen Merkmale und liefern in ihrer Studie eine vorurteilslose Konzeption. Sie halten die nach Tätigkeiten sortierte Liste für unvertretbar, da der Steuerzahler durch die Verteilung nach Bereichen das Recht der freiwilligen Entscheidung über sein 1% verlieren könne. Das ursprüngliche Ziel der 1%-Idee war auch die Lösung des staatlich nicht lösbaren finanziellen Mangels des Bildungs- und Kulturbereichs. Die Autoren stellen das 1%-Gesetz als notwendig für die gesellschaftliche Unterstützung bzw. Anerkennung der NPOs dar. Denn nur so könnten die NPOs eine Rückmeldung von der Gesellschaft bekommen. Sie denken nicht, dass die Entscheidung der Steuerzahler von einer Idee des Gemeinnutzes abhängig sein muss. Dieser Gedanke über Gemeinwohl ist nicht vereinbar mit der nach Steuerzahler entschiedenen Umverteilung. Nach der Meinung der Autoren kann das 1%-Gesetz eine Beziehung bzw. ein Netzwerk zwischen Staatsbürgern und NPOs aufbauen. Nach ihrer Vorstellung würden die Steuerzahler nicht nur die stark unterstützten reichen Organisationen präferieren. Deswegen kann die Aktivität der NPOs nicht nur auf Lobby-Arbeit reduziert werden. Das 1%-Gesetz ist mehr als eine indirekte staatliche Beihilfe, es

bildet eine Zivilkraft und stellt neue Bedingungen auf dem Finanzierungsbereich der NPOs her. Das 1%-Gesetz bietet die Möglichkeit, die NPOs und das zivil Engagement einander anzunähern. Die Autoren meinen auch, dass diese demokratisierende dezentralisierte Entscheidung ein Wert an sich sei. Ihre Studie endet mit dem Fazit, dass das 1%-Gesetz eine Hilfe für die Entwicklung der NPOs darstellt.

3.1.3 Der Einfluss des 1%-Gesetzes auf die Einkommensverteilung im 3.

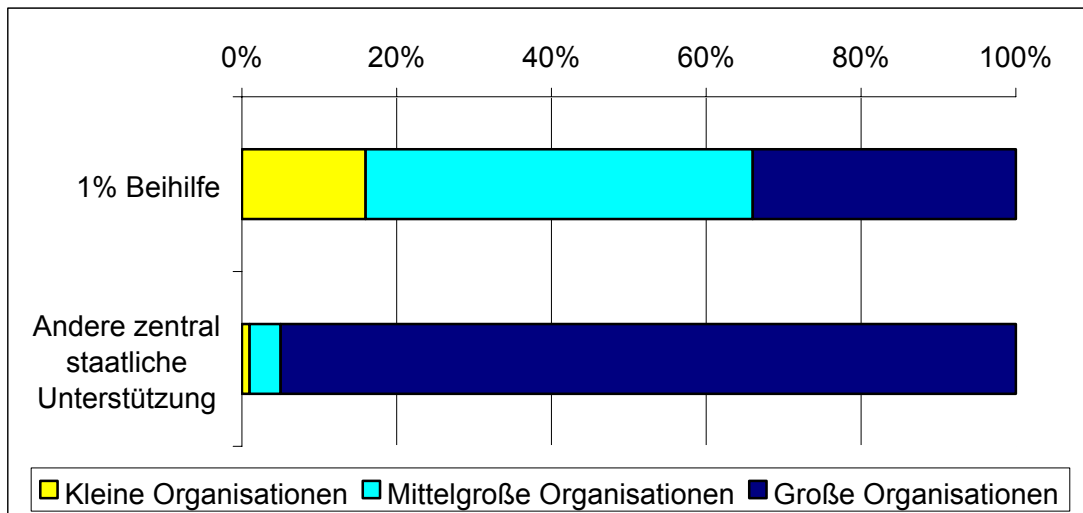
Sektor

Aus ökonomischer Sicht liegt das 1%-Gesetz an der Grenze zwischen dem Öffentlichen und dem Privaten, da seine Gelder aus öffentlichen Quellen stammen, aber der Prozess seiner Verteilung einen Privatspendencharakter besitzt (Bódi 2000). Es kann als radikaler Fall, der mit den Spenden verbundenen Steuerangebote dargestellt werden. Dabei geht man davon aus, dass der Motivationshintergrund der Entscheidungen der Steuerzahler über das 1 % keinen Unterschied zu realen Privatspenden zeigt (Kuti & Vajda 2000).

Es ist aber eine Tatsache, dass solange die ganze Summe der Privatspenden an einen Begünstigten gelangen kann, nur die Hälfte an die 1% empfangenden NPOs gelangen kann. Und im Vergleich zu dem ganzen Einkommen des 3. Sektors ist das Gewicht der empfangenen 1 % unauffällig. Aber es dient unter anderem dazu, laufende Kosten zu decken; insbesondere in den kleinen NPOs, wo diese Summen bei den aktuellsten Problemen helfen können (Kuti, Vajda 2000). Die 1%-Spende ist gerade deswegen so wichtig, weil die NPOs das Geld für alle Ausgaben benutzen können, während die zentralen Beihilfen immer von den im Gesetz bestimmten Bedingungen abhängig sind. Das 1%-Gesetz ist nicht so stark an Organisationen gebunden und ist unbegrenzt nutzbar. Die NPOs könnten z.B. die ganze Summe für Betriebskosten ausgeben. Ansonsten ist diese Finanzierungsmöglichkeit von den zentralen Entscheidungen unabhängig und setzt keine Kenntnisse bezüglich des staatlichen Verteilungsprozesses voraus. Das verbessert vor allem die Möglichkeiten von kleinen, ländlichen oder lokalen Organisationen. Die statistischen Daten stützen diese Ansätze deutlich, da, wie Grafik 4. zeigt, der größte Teil der 1%-Beihilfe an kleine und mittelgroße NPOs erhalten. Dieses Ergebnis folgt aus den unterschiedlichen Entscheidungen der Umverteilung durch staatliche Akteure und die Steuerzahler, bei denen im Hintergrund andere Motive stehen. Die Grafik zeigt, dass die kleinsten Einrichtungen und Vereine - die von staatlicher Seite so gut wie keine Beihilfe bekommen - 16% der 1%-Beihilfe erhalten.

Während die größten NPOs - die 95% der staatlich zentral vergebenen Mittel erhalten - nur ein Drittel des 1%-Geldes bekommen (Kuti, Vajda 2000).

Grafik 4. Die Verteilung der Ressourcen nach der Größe der Non-Profit-Organisation



Quelle: Vajda / Kuti 2000, 53.

3.1.4 Bürger in der Spender-Rolle

Vajda und Kuti haben sich in ihrer Studie von 2006 auch mit der Rolle der Steuerzahler beschäftigt. Aus ihren Ergebnissen können Schlussfolgerungen über die Einstellung in der Bevölkerung bzw. die Aufnahme und Akzeptanz des 1%-Gesetzes gezogen werden. Es herrschen sowohl allgemeine als auch radikale Meinungen über die Regelung in der Bevölkerung vor. Ihre Daten geben Auskunft über folgende Aspekte: Wie hat die Bevölkerung die Einführung des 1%-Gesetzes akzeptiert? Nur ein sehr kleiner Anteil der Steuerzahler entscheidet spontan oder zufällig über die Verteilung des 1%. Dies zeigt, dass die Methode des 1%-Gesetzes, die 1%-Geber zu bewusst zivilpolitischen Entscheidungen veranlassen kann. Aber man darf nicht vergessen, dass die vergangenen Stiftungsskandale immer noch eine starke Wirkung auf die Beurteilung der Bevölkerung ausüben. Hier spielen die Medien sehr große Vermittlerrolle, weil sie vor allem Befragte zeigen, die nur in sehr wenigen Fällen negative Erfahrungen mit dem 1%-Gesetz gemacht haben oder eine ablehnende Haltung diesbezüglich haben. Aber die meisten denken, dass das 1%-System kompliziert ist und nicht immer nachvollziehbar sei, wohin die Gelder der 1%-Beihilfe gelangen. Bei den Spendern sind die größten Einflussfaktoren: die Beziehung und das Netzwerksystem zwischen NGOs und Bevölkerung, Vertrauen und Motivation wie auch Solidarität, verbindliche Werte, Anteilnahme und Linderung gesellschaftlicher Probleme. Aber

die Autoren betonen den Vertrauensfaktor sehr stark und zielen dabei ab auf enge interpersonale Kontakte, Kenntnisse und gemeinsame Interessen, die in Bezug zu einer Gruppe bestehen können. Die meisten 1%-Geber sind in der Gruppe der 30-40-jährigen Frauen zu finden, die in der Hauptstadt wohnen und in den Komitaten sitzen¹⁰. Sie sind in der Regel verheiratet, kommen aus drei- bis fünfköpfigen Haushalten mit zwei bis drei Kindern und sind aktive, bessergebildete mit eigenem Einkommen..

Das 1%-Gesetz wurde in vielen Kreisen kritisiert. Die nicht angebotenen 1%-Beihilfen bedeuteten darüber hinaus auch administrative Probleme für den Staat. Es war nicht so klar, warum der Staat auf einmal auf 1% der Steuer verzichtet hat, als ob diese Summe nicht für öffentliche Angelegenheiten zu gebrauchen gewesen wäre. Der Kreis der Begünstigten war auch ein sehr umstrittener Punkt, da die meisten kleinen NPOs keine Unterstützung erhalten haben und dadurch benachteiligt sind. Auch der Anfang - meist ohne Lobbykraft und finanzielle Hilfe - sei schwer. So wurde das 1%-Gesetz auch ethisch kritisiert (Sebestyén 2005). Es hat zu einer neuen Öffnung eines 'policy window' geführt und die Idee des Nationalen Zivalfonds¹¹ hervorgerufen (Kuti, in: The case of study).

3.2 1%-Philanthropie in anderen Ländern

Das sogenannte 1%-Gesetz, bzw. 1%-Philanthropie, ist ein einzigartiges Projekt, welches in der Form, die jetzt in mehreren europäischen Ländern zu beobachten ist, zuerst in Ungarn entwickelt wurde. Es gab zwar auch in den westeuropäischen Staaten ähnliche Projekte, die jedoch nie die Ausmaße erreicht haben, die heute in Ungarn, Polen, Rumänien, Litauen und in der Slowakei zu sehen sind. Die einzigen Länder Westeuropas die über vergleichbare Gesetzgebungen verfügen, sind Italien und Spanien.¹² Da es sich in

¹⁰ Komitate - regionale Verwaltungseinheiten in Ungarn.

¹¹ Ungarisch: Nemzeti Civil Alapprogram.

¹² Die katholische Kirche in Spanien wurde seit dem Tod Frankos 1975 von der Regierung subventioniert. Der Mechanismus fußte auf den temporalen Vereinbarungen, die 1979 in dem zweiten Artikel des Vertrags zwischen dem spanischen Staat und dem Apostolischen Stuhl über ökonomische Angelegenheiten (el Acuerdo entre el Estado Español y la Santa Sede sobre Asuntos Economicos, der originelle Text zugänglich auf:

http://noticias.juridicas.com/base_datos/Admin/ir051279-2-je.html) kodifiziert wurden. Die katholische Kirche erhielt jährlich ca. 135 Millionen Euro vom Staat, die von 0,52% der Einkommenssteuer der Bürger sowie zusätzlichen Fördermitteln der Regierung stammten (McLean 2006). 2006 hat sich die Regierung entschieden diese zusätzlichen Fördermittel zurückzuziehen, die sich auf ca. 30 Millionen Euro belaufen, gleichzeitig wurde das Prozent der Einkommenssteuer, das spanische Bürger für die katholische Kirche bestimmen können, von 0,52 auf 0,7 erhöht (El Nuevo Sistema de Asignacion Tributaria 2007, 3; McLean 2006).

Spanien ausschließlich um eine Art Finanzierung für die katholische Kirche handelt, wird es hier nicht weiter analysiert. In Italien hingegen geht es schon um den Mechanismus der Verteilung von 0,8% der Einkommensteuer zwischen verschiedenen Religionsgemeinschaften, der *otto per mille* (acht Promille) genannt wird. Vor ein paar Jahren wurde dort auch eine analoge Initiative für die Finanzierung der Non-Profit-Organisationen und der wissenschaftlichen Forschungseinrichtungen gegründet – diesmal handelt es sich um 0,5% der Einkommenssteuer, daher der Name des Mechanismus *cinque per mille* (fünf Promille).

In diesem kurzen Vergleich werden also die fünf oben genannten mitteleuropäischen Länder berücksichtigt, die eine ähnliche Gesetzgebung bezüglich der 1%-Philanthropie haben, sowie Italien, wo es sich zwar *senso stricto* nicht um 1% handelt, bei dem Ziel und Funktion der dortigen Initiativen jedoch mit jenen der mitteleuropäischen vergleichbar sind.

3.2.1 Italien – *otto per mille* und *cinque per mille*

Als *otto per mille* bezeichnet man in Italien einen finanziellen Mechanismus, anhand dessen der Staat die Mittel von 0,8% der Einkommenssteuer (IRPEF – L'Imposta sul Reddito delle Persone Fisiche) zwischen sich selbst und verschiedenen Religionsgemeinschaften verteilt, wobei das Geld für im Gesetz bestimmte Zwecke ausgegeben werden muss. Die Teilnahme des Staates an der Einteilung der Mittel ermöglicht den Bürgern, die keine religiöse Gemeinschaft unterstützen wollen, eine Entscheidung für eine andere Verwendung der Gelder. Seit 1989 werden von den Einkommenssteuern jedes Steuerzahlers 0,8% abgezogen, jedoch nicht mehr als 1032,91 Euro¹³ (Legge 222 1985, Artikel 46). Wenn der Steuerzahler seine 0,8 % nicht für den Staat bestimmt, gehört es dem *otto per mille*-Fonds. Diese Summe wird zwischen den im Gesetz bestimmten Religionsgemeinschaften¹⁴ verteilt, und zwar gemäß den

¹³ Siehe: Governo Italiano: Otto per mille, http://www.governo.it/Presidenza/USRI/confessioni/intese_indice.html#5 (14.01.2009).

¹⁴ Nur diejenigen Religionsgemeinschaften, die vom Staat im Sinne des Artikels 8 der Verfassung angenommen werden, können die Förderung durch *otto per mille* genießen. Das waren bisher Katholiken, Lutheraner, Waldenser, Baptisten, Adventisten, Pfingstler und Juden. Gleiche Rechte sollen künftig auch andere registrierte Gemeinschaften genießen, wie zum Beispiel Muslime, Buddhisten, Hindus, Zeugen Jehovas und Orthodoxe Christen (Governo Italiano: http://www.governo.it/Presidenza/USRI/confessioni/intese_indice.html#5).

Deklarationen aller Bürger.¹⁵ Praktisch wird die Summe also durch die Zahl der Bevölkerung dividiert und jeder Bürger hat genau eine Stimme. Die Mittel, deren Verwendung durch die Bürger nicht entschieden wird, weil sie keine Deklaration abgegeben haben, werden unter den Religionsgemeinschaften proportional zu den erhaltenen Stimmen verteilt. Die Mittel müssen vom Staat in den folgenden Bereichen ausgegeben werden: (1) Hungerbekämpfung in der Welt, (2) Naturkatastrophen, (3) Hilfe für Flüchtlinge und (4) Denkmalschutz (Legge 222 1985, Artikel 48.). Die Religionsgemeinschaften sind verpflichtet, ihre Mittel für humanitäre und karitative Projekte sowie soziale und kulturelle Aktivitäten zu bestimmen. Die katholische und die lutherische Kirche können außerdem den Unterhalt ihrer Geistlichen bezahlen, die jüdischen Gemeinden die Projekte gegen Rassismus und Antisemitismus. Den größten Teil der Gelder erhält die katholische Kirche, im Jahre 2004 waren es 87,25%¹⁶ der ganzen *otto per mille*-Summe.

Analog zu der *otto per mille*-Initiative hat sich die italienische Regierung im Jahre 2006 entschieden, auch andere Organisationen zu unterstützen, die zum gemeinsamen Wohl der Gesellschaft beitragen. Es handelt sich um 0,5% der Einkommenssteuer für die Organisationen des 3. Sektors, wissenschaftliche sowie gesundheitliche Forschung, soziale Aktivitäten im Wohnort des stimmenden Bürgers (2007 gestrichen) und Universitäten (Simonato 2006, 1; Legge 266 2005; Legge 296 2006). Dieser Mechanismus, bekannt als *cinque per mille*, funktioniert genauso wie *otto per mille*.

Obwohl das 1%-Gesetz in Ungarn schon von *otto per mille* und ähnlichen Initiativen in Spanien inspiriert wurde (Iriyama 2004, 1; Bullain 2004, 3), ist eigentlich erst die *cinque per mille*-Initiative mit dem Subsidiaritätsprinzip der 1%-Philanthropie in Mittel- und Osteuropa vergleichbar. Die wurde jedoch eine Dekade später eingeführt. Das erste Projekt der italienischen Regierung versuchte zwar - ähnlich wie im Fall von Ungarn - viele soziale und kulturelle Projekte zu unterstützen, war jedoch auf die Religionsgemeinschaften orientiert und nicht auf den 3. Sektor. Auch in Ungarn werden die Kirchen gefördert, aber nur weil sie dort zum 3. Sektor gezählt werden (Kuti 1993, 6f.). Andere Non-Profit-Organisationen werden daher nicht diskriminiert. Die innovative Idee der Italiener wurde also aufgenommen und weiter entwickelt, wobei sie bald den Stand erreicht hat, der dem in Italien erst jetzt vergleichbar (aber nicht gleich) ist. Die neue

¹⁵ Alle Bürger haben eine Stimme, egal ob sie Steuern zahlen oder eben nicht. Das Gesetz unterscheidet auch nicht zwischen Erwachsenen und Minderjährigen.

¹⁶ Siehe Governo Italiano:

http://www.governo.it/Presidenza/USRI/confessioni/doc/tabella_otto_pe_%20mille.doc (14.01.2009).

italienische Initiative hat zum Ziel, die sogenannten *public benefit organizations* zu unterstützen und wird stark mit dem Terminus *welfare* verbunden (Simonato 2006, 8ff.).

Die Idee der ungarischen Regierung war also neu im Sinne ihrer Anwendung für die Finanzierung des 3. Sektors. Obwohl durch ähnliche Lösungen in Italien und Spanien inspiriert, war sie im Vergleich zu diesen Staaten keine nicht-politische Methode der Kirchenfinanzierung. Italien hat erst später das zusätzliche *cinque per mille*-System für die Förderung der NGOs sowie Forschungs- und Bildungseinrichtungen eingeführt, genauso wie Ungarn sein zusätzliches Prozent für Kirchen (1+1%) (Bullain 2004, 4f; Wygnański 2004, 4).

3.2.2 Litauen, Polen, Rumänien und die Slowakei – Percentage Philanthropy

Während der letzten 13 Jahre, seitdem in Ungarn das 1%-Gesetz verabschiedet wurde, kam es in Mittel- und Osteuropa zu einer Art Kettenreaktion – die ungarische Idee wurde in der einen oder anderen Form mit variierenden Kriterien von vier anderen Ländern übernommen.¹⁷ Das 1%-System wurde 1999 in der Slowakei eingeführt. Nach einigen Änderungsanträgen zu diesem Gesetz können seit 2004 sowohl Individuen als auch Firmen bis zu 2 % ihrer Einkommensteuer für eine NGO bestimmen. 2002 haben die Litauer eine ähnliche Möglichkeit erhalten, es handelt sich um 2% der Einkommenssteuer. Schon im Frühling 2003 hat auch Polen seine Version des Systems eingeführt. Im Unterschied zur Slowakei, Litauen und Ungarn überweisen Polen ihr 1% selbst und nicht die Finanzbehörde. Ende desselben Jahres wurde das 1%-Gesetz auch vom rumänischen Parlament verabschiedet (Török 2004, 2).

Vergleicht man die 1%-Philanthropie in all diesen Ländern, dann erkennt man, dass es mehrere Gemeinsamkeiten gibt. Ähnliche Herausforderungen können anscheinend zur Suche nach ähnlichen Lösungen führen (vgl. Wygnański 2004, 13). Was die Länder verbindet, ist unter anderem: (1) über vierzig Jahre der kommunistischen Herrschaft, (2) Demokratie seit 1989 oder den frühen 90er Jahren, (3) zahlreiche Herausforderungen in der Entwicklung wohlhabender Gesellschaften, (4) ein Bruttoinlandsprodukt (pro Kopf), das immer noch bedeutend niedriger als das EU-Niveau ist, (5) ein niedriges aber

¹⁷ Es gibt gleichzeitig Initiativen, um das 1%-System auch in der Tschechischen Republik, in der Ukraine und in Armenien einzuführen. Ähnliche Projekte wurden in Georgien und Mazedonien aufgegeben.

wachsendes Personaleinkommensniveau, (6) relativ neue Einkommenssteuersysteme, und weiterhin: (7) ein relativ niedriges Niveau der sozialen Verantwortung nach der kommunistischen Ära, (8) ein niedriges, aber steigendes Bewusstsein für soziale Anliegen und die Bedeutung der NGOs in der Gesellschaft, (9) ein relativ junger NGO-Sektor, (10) ambivalente soziale Einstellungen gegenüber den NGOs, (11) knappe Ressourcen für die NGOs und (12) begrenzte Anreize für private Spenden (Török 2004, 4).

Diese Gemeinsamkeiten haben dazu geführt, dass das 1%-System eine anscheinend richtige Antwort für die Bedürfnisse der Zivilgesellschaft in diesen Ländern war. Es ist vielleicht noch zu früh, um eindeutig feststellen zu können, ob diese neue Finanzierungsinitiative die mit ihr verbundenen Erwartungen erfüllt. Bisher scheint es jedoch eine positive Entwicklung zu sein. Die Lösungen, die in all den postkommunistischen Gesellschaften so attraktiv zu sein scheinen, sind mit einigen Tatsachen verbunden. Erstens erhält jeder Bürger die Möglichkeit selbst zu entscheiden, wie ein Teil von seiner Steuer ausgegeben wird. Gleichzeitig können auch die Ärmsten fühlen, dass sie eine von sich gewählte zivilgesellschaftliche Initiative unterstützen, ohne zusätzliche Kosten tragen zu müssen. Zweitens handelt es sich um neue Einnahmequelle für die NGOs. Drittens wächst das zivile Bewusstsein der Bürger und das System ist auch eine Art *public acceptance test* für NGOs, die aus diesem Grund versuchen, ihre Arbeit mehr zu exponieren. Viertens können wir auch über eine Entwicklung von dezentralisiertem *decision making*, sozialer Verantwortlichkeit und Transparenz in der Arbeit von NGOs und der Finanzbehörde sprechen (Török 2004, 4f.). All diese Beispiele, samt allen, die man noch hier hinzufügen könnte, sollen jedoch nicht zum Schluss führen, dass die 1%-Philanthropie jedes Problem des 3. Sektors in jedem dieser Länder lösen kann.

Bemerkenswerte und diametrale Unterschiede gibt es zwischen den Systemen in den vier hier beschriebenen Staaten und Ungarn nicht. All diese Länder hatten Ungarn als Muster bei der Einführung neuer 1%-Gesetze. Als wichtigste Unterschiede sind folgende zu nennen:

- in Polen und in der Slowakei profitieren die Kirchen nicht von der 1%-Philanthropie, in Ungarn gibt es dagegen jetzt das 1+1%-System, wo 1% für die Förderung der Kirchen bestimmt ist (Wygnański 2004, 11; Bullain 2004, 6),
- in Litauen, Rumänien und der Slowakei handelt es sich zur Zeit schon um 2%,

- in der Slowakei können nicht nur Individuen, sondern auch Firmen ein Teil ihrer Einkommenssteuer für NGOs bestimmen,
- Litauen und die Slowakei haben nach der Einführung des 1%-Systems andere Steuerbegünstigungen für Spenden liquidiert (Bullain 2004, 6),
- in Litauen sind potenzielle Empfänger dortiger 2% nicht nur NGOs, sondern auch Kirchen, Gewerkschaften sowie öffentliche Einrichtungen wie Schulen, Bibliotheken und Krankenhäuser (Ilgius 2004, 7), auch in Rumänien wurde die Gruppe der potenziellen 1%-Empfänger erweitert, z.B. um Kirchen und Gewerkschaften (Terpe 2004, 4),
- in Litauen, Ungarn und der Slowakei ist die 1%-Philanthropie anonym, die Begünstigten kennen die Namen der Bürger, die sie mit ihren „1%-Spenden“ unterstützen, nicht (anders als in Polen),
- in Litauen können die Individuen (in der Slowakei nur die Firmen) mehrere Organisationen wählen, die sie mit ihrem 1% fördern möchten,
- polnische Bürger müssen ihr 1 % für die von ihnen gewählten NGOs selbst überweisen und berücksichtigen diese Art von Spende in ihren jährlichen Steuererklärungen (Goliński 2004, 3).

Einige Unterschiede gibt es also unter den fünf Staaten schon. Die Idee ist jedoch immer gleich – mittel- und osteuropäische Staaten wollen ihre von der Geschichte der letzten Jahrzehnte bedingten Probleme lösen und ihre jungen, bzw. neugeborenen, Zivilgesellschaften unterstützen. Eine von Italien inspirierte Initiative wurde erst in Ungarn entwickelt und implementiert, um später als eine anscheinend funktionierende Förderungsmethode für den 3. Sektor (bzw. auch andere für die Gesellschaft wichtige Organisationen und Einrichtungen) in anderen Ländern der Region eingesetzt zu werden. Die sogenannte 1%-Philanthropie bleibt bestehen, zumindest solange wie die Schwierigkeiten, die sie lösen soll, in den mittel- und osteuropäischen Zivilgesellschaften präsent sind.

3.3.1 Nationaler Zivilfonds (NZF) – Pro und Kontra

Ein Artikel von Tamás Bauer hat eine große Diskussion entfacht. In diesem Artikel kritisiert Bauer sehr scharf das ganze System und Prinzip des NZF. Nach seiner Ansicht wird häufig eine wirtschaftswissenschaftliche Perspektive eingebracht. Darauf gibt es zwei bedeutende Antworten, eine aus dem Zivilsektor von István Sebestyén und die andere aus der öffentlichen Sphäre von György Bódi. Diese Diskussion kann am besten den ganzen Sinn des NZF vorstellen.

Der Artikel von Bauer wurde 2003 direkt nach der Geburt des NZF-Gesetzes veröffentlicht. Seine erste provokante Meinung besagt, dass der Staat mit dem NZF die Entscheidung der Steuerzahler über die Beihilfe und Umverteilung der Mittel für den Non-Profit-Sektor zensiert. Er ist der Meinung, dass der Non-Profit-Sektor nach der Wende vergleichbar der Wirtschaft, weniger finanziell abhängig vom Staat wäre und die Finanzierung der NPOs keine staatliche Aufgabe sei, weil sich die NPOs in den westeuropäischen Ländern zum größten Teil aus den Privatpenden finanzieren könnten. Aber er stellt auch darauf ab, dass in Ungarn auf die staatliche Unterstützung bisherig nicht verzichtet werden könne. Er ist aber mit der Idee einverstanden, dass die NPOs von dem Entscheidungsprozess des Parlaments getrennt werden müssen. Aber er stellt davor, dass die freiwillige Entscheidung der Steuerzahler über die 1%-Steuer, die richtige finanzielle Stelle in dem System (nach der Meinung der Steuerzahler) darstellt. Er rechnet nicht mit anderen auf die Entscheidung Einfluss nehmenden Faktoren. Aus seinem Standpunkt sieht es so aus, dass die Staatsbürger ihre nicht angebotenen 1%-Steuer in dem Staatshaushalt sehen möchten als eine Verpflichtung für den Staat. Aus dieser Gedankenfolge zieht er die Schlussfolgerung, dass die Steuerzahler in ihrer freiwilligen Wahl mit dem NZF begrenzt werden. Und diese Wahl wird zweimal, - noch einmal mit dem Bewerbungssystem des NZF - beschränkt. Er zweifelt über den Vorzug der durch die NZF-Bewerbungen unterstützten NPOs, weil darüber nicht die Steuerzahler entscheiden könne. Er schlägt eine Duplikation des 1 % als einfache und politisch korrekte Lösung vor.

István Sebestyén hat sehr klar auf die Kritik von Bauer -reagiert. Er argumentiert erstmals mit dem neuen wirtschaftlichen Modell (Regierung/Staat, Markt, Zivilgesellschaft), wo der Staat nicht alle sozialstaatlichen Leistungen erbringen kann. Deshalb bedarf es auch eines Non-Profit-Sektors. Er ist der Meinung, dass die NPOs den Staat entlasten und daher auch aus öffentlichen Mitteln finanziert werden können. Darüber hinaus gibt es noch gemeinnützige Aufgaben, die sehr speziell sind und nur lokal erbracht werden können. Die Aussage von Bauer über westeuropäische Länder stimmt auch nicht, weil in diesen Ländern im Allgemeinen der Anteil der staatlichen Unterstützung mehr als 40% ist. Das ist

nur die Untergrenze und das Ziel ist in Ungarn, diese Grenze zu erreichen. NZF wäre ein Schritt in diese Richtung. Sebestyén meint nicht, dass die Steuerzahler ihr Entscheidungsrecht über ihre 1%-Spende mit NZF verlieren können. Er hofft vielmehr, dass der NZF eine Lösungsalternative für die nicht so im Mittelpunkt stehenden gesellschaftlichen Probleme darstellt. Sebestyén findet die Bauer-Kritik des ganzen NPO-Sektors unpassend. Die Meinung von György Bódi steht näher an der Ansicht von Sebestyén. Er meint auch, dass Bauer ziemlich unüberlegt kritisch mit dem Non-Profit-Sektor umgeht. Erst einmal stimmt nach der Meinung von Bódi nicht, dass der Zusammenhang zwischen dem 1%-Gesetz und dem NZF so eng ist und der NZF benutzt nicht die angebotenen 1%-Steuern. Der NZF verfügt über eine Grundsumme, die abhängig von den angebotenen 1%-Steuern ist, weil je größer die 1%-Spende der NPOs ist, desto höher wird auch das Budget des NZF. Der Staat möchte mit dieser Variante die Steuerzahler zu größerer ziviler Teilnahme motivieren. Der Autor sagt über die 2%-Steuer-Idee von Bauer, dass dies unfair für die NPOs wäre. Zum Beispiel: nicht alle NPOs die Zugang zu den 1% Mitteln haben, sind berechtigt Mittel aus dem NZF zu erhalten. Bódi glaubt, dass der NZF ein anderes Verteilungssystem als das 1%-Gesetz über die gleiche Summe bedeutet. Er denkt, dass der NZF auf den Mangel des 1%-Gesetzes reagieren kann und somit ein gerechtfertigtes Verteilungssystem im Sektor darstellt.

3.3.2 Die Wirkung des Nationalen Zivilfonds

Die ersten Daten waren sehr verheißungsvoll, weil 2004 und 2005 eine sehr großzügige und nicht rückzahlungspflichtige Unterstützung für erfolgreiche Bewerber ausgeschüttet wurde. Zwischen 2004 und 2006 hat der Nationale Zivilfonds ca. 19 Milliarden Forint ausgeschüttet (Quelle: Finanzministerium).

Die Erfahrungen der ersten drei Jahre hat Éva Kuti (2006) in einer Analyse zusammengefasst. Die zentralen Argumente werden im Folgenden dargestellt:

- Das erste große Ergebnis des NZF war eine gleichmäßige Verteilung der Bewerbungsgelder und nicht die individuellen Entscheidungen.
- 90% der NPOs sind berechtigt sich beim NZF zu bewerben. Die Bewerbungsmöglichkeit für die Betätigungsausgabe wird für die neue erfahrungslose NPOs versichert mit NZF.
- Je größer die jährliche durchschnittliche Unterstützung war, desto mehr Bewerber haben erfolgreiche Anträge abgegeben.
- Je anerkannter wird das Program vom NZF wird, desto mehr neue Bewerber möchten daran teilhaben.

- Diese zwei Ergebnisse verursachen einen größeren Unterschied bzw. Entfernung zwischen Bedürfnissen und den Summen, die ausgegeben werden können.
- Neben dem Abschlag für erfolgreiches Arbeiten stehen kleinere Unterstützungsgelder für Gewinner, so konnte die gewünschte Beihilfe mit der bekommenen Unterstützung nur in 8% korrespondieren.
- Das neue Bewerbungssystem (mit Kollegien) hat die Zugänglichkeit zu staatlichen Quellen erhöht.
- Die größten und besser strukturierten NPOs haben den größten Anteil des Geldes bekommen.

3.4 Die Mittel aus der europäischen Union

Seit Ungarn im Jahre 2004 Mitglied der Europäischen Union wurde, ist die Verwendung der Entwicklungshilfe aus EU-Mitteln rechtens. Die von den europäischen Ebenen kommenden Unterstützungen können anhand nationaler Prioritäten an die Organisationen/Institutionen zugeteilt werden. Aufgrund von, auf der Periode von 2004-2006 basierender Daten, konnte man sich im Rahmen der fünf „Nationalen Operativen Programme“ um insgesamt 644 Milliarden Forint Unterstützung bewerben. Auf ein Drittel dieser Summe durften die NPOs keine Bewerbungen abgeben. Nur 16,5 % der für NPOs bereitgestellten Unterstützung konnten diese für sich gewinnen (Kuti 2006, 4). Die meiste Unterstützung konnte sich der Staat sichern, gefolgt von der Wirtschaft und schließlich als letzter, von dem 3. Sektor. In den bisher thematisierten Situationen wurde darüber berichtet, wie sich der Sektor seine Einnahmequellen sichern kann. Für die Einnahmen aus den europäischen Quellen muss der 3. Sektor aber mit dem anderen zwei Sektoren, Staat und Wirtschaft konkurrieren. Aufgrund bisheriger Ergebnisse bleibt er vorerst weit hinter diesen abgeschlagen zurück. Einige, für das Gemeinwohl vorgesehene Projekte kommen durch ihre Größenordnung nur für einige Organisationen in Betracht. Die Organisationen, welche sich für die Gewinnung und wirksame Verwendung der europäischen Beihilfen eignen, sollten folgende Eigenschaften vorweisen:

- Sie müssen genügend wirtschaftliche Kraft vorzeigen um die Selbstbeteiligung der meisten Projekte zu meistern.
- Sie sollten strategische Fähigkeiten, Erfahrung und Fachkenntnisse mitbringen, um auch mittelfristige Planungen und Programmabläufe erstellen zu können.
- Um den Empfang der Hilfen gerecht zu werden, müssen sie organisatorisch verwaltungs-, buchhaltungs- und qualitätssicherungstechnisch so gerüstet sein, dass

der wirksamen, durchsichtigen und gut dokumentierten Verwendung, sowie der abschließenden inhaltlichen und finanziellen Berichterstattung nichts im Wege steht.

Im ungarischen Non-Profit-Bereich sind es nur wenige Organisationen mit solchen Eigenschaften, aber sind es vielleicht diese Ausnahmen, welche durch die erhaltene Unterstützung zu Beispielen für den gesamten Sektor werden können.

3.5 Die ehrenamtliche Arbeit als „Einnahmequelle“ im 3. Sektor

Die Studie „Global Civil Society“ (Salamon, Sokolowski, List, 2003) des Johns Hopkins Comparative Nonprofit Sector Projekt, die an der Johns Hopkins University, Institute for Policy Studies durchgeführt wurde, rückt ein Definitionsproblem dieses Sektors ins Rampenlicht, wonach die wirtschaftlich ausgelegte Definition die nicht materiellen Unterstützungen außer Acht lasse. Die freiwillige Unterstützung ist ein unerlässliches Element der ungarischen NPOs. Im Jahre 1993 hatten beinahe zweidrittel der erwachsenen Bevölkerung in irgendeiner freiwilligen Form dazu beigetragen, dass jemandem außerhalb der Verwandtschaft oder des Freundeskreises geholfen wurde, oder aber dass eine gesellschaftlich relevante Problematik gelöst wurde. Der Geldwert der gemeinnützigen Arbeit beziffert sich im 1993 auf 14 Milliarden (Czakó, Harsányi, Kuti, Vajda 1995, 7), 2000 auf 18 Milliarden und 2006 auf 42 Milliarden Forint (KSH, 2008.). Wenn man über die Einnahmen der NPOs spricht, kann man solch riesige Quellen nicht außer Acht lassen.

Die Ergebnisse einer Studie von 1995, „Spenden der Bevölkerung und gemeinnützige Arbeit“ lassen uns erahnen, dass die Solidarität als Grundwert auch der ungarischen Gesellschaft zu verstehen ist. Diese Studie, die aufgrund von Erhebungen aus dem Jahr 1993 durchgeführt wurde, dient als Grundlage für eine in 2004 erneut durchgeführte Erhebung über Spendenbereitschaft und Bereitschaft zu gemeinnütziger Arbeit. Im Jahr 1993 haben demnach 65% der erwachsenen Bevölkerung gemeinnützige Arbeit geleistet, wobei dieser Anteil im 2004 auf 40% sank (Czike, Kuti 2005,5). Die Freiwilligen haben aber häufiger geholfen als vor zehn Jahren und die monatlich geleisteten freiwilligen Arbeitsstunden erhöhten sich um 44%. Aus beiden Studien ergibt sich, dass die meisten im Bereich der Kirche, Sport, sozialen Versorgung und Gesundheit ihre freiwillige Arbeit geleistet haben. Da die gemeinnützige Arbeit als solches nicht grundlegendes Thema dieser Arbeit ist, wurden nur die als Einnahmequelle relevanten Bereiche überblickt.

3.6 Die Non-Profit-Organisationen ohne Einnahmen

In Ungarn wurden im Jahr 2000 ca. 3400 Organisationen erfasst, welche im genannten Jahr keine Einnahmen hatten. Das waren 7% des gesamten 3. Sektors. Diese Anzahl hat sich im Jahre 2006 auf 3600 erhöht (KSH 2008, 4). Unter diesen registrierten Organisationen ohne eigene Einnahmen finden wir in großer Anzahl solche Vereine und vor allem Stiftungen, welche nach einem „Ausfallsjahr“ wieder wirtschaften. Organisationen, die keine Einnahmen vorweisen, brauchen diese oft auch nicht, da sie Leistungen erbringen, die dies nicht erforderlich machen. Es kommt auch vor, dass hinter manchen Organisationen Institutionen/Firmen stehen, die die Betriebskosten übernehmen, womit in solchen Situationen die finanziellen Tätigkeiten der Non-Profit-Organisationen nicht als solche erfasst werden. Diese Eigenschaften sind oft bezeichnend für kleinere zivilgesellschaftliche Organisationen und im Prinzip ist festzustellen, dass ihre Tätigkeiten durch Mitglieder gedeckt sind, welche durch Gemeindeverwaltungen/andere Institutionen sowie private Spender unterstützt werden. Es ist anzumerken, dass auch andere Beihilfen aus dem gleichen Kreis bezogen werden, deren Geldwert nirgendwo gelistet wird. Hier kommt auch die monetär nicht aufgerechnete, aber von der Bedeutung her enorm wichtige Hilfe der Freiwilligen ins Bild. Im Jahr 2000 konnten die NPOs ohne Einnahmen mit 90000 Mitgliedern und etwa 20000 Freiwilligen rechnen. Ihre Tätigkeit, mit dem gültigen Durchschnittslohn gerechnet, hatte einen Gegenwert von 700 Millionen Forint im Jahr 2000.

4. Fazit

Genau vor zwanzig Jahren hat in Ungarn die Transformation angefangen und das Land wurde zu einem freien und demokratischen Staat. Die Wende 1989 bedeutet auch eine Neugeburt der ungarischen Zivilgesellschaft, die über vierzig Jahre lang unterdrückt wurde. Die ganze Gesellschaft stand vor einem Prozess mit sehr ungewissem Ergebnis. Diese Zeit war voll von Hoffnungen und Träumen, man litt aber immer noch unter dem Misstrauen und materiellem Erbe der vier vorigen kommunistischen Jahrzehnte. Die ungarische Zivilgesellschaft wurde zu einem gewissen Grad von Grund auf aufgebaut, weil man nur in wenigen Bereichen auf die Erfahrungen aus der Zwischenkriegszeit zurückgreifen konnte, und umso weniger auf diese aus dem realexistierenden Sozialismus. Seit zwanzig Jahren kann man deswegen in Ungarn und anderen mittel- und osteuropäischen Ländern einen einzigartigen Prozess beobachten, der das Antlitz dieser Gesellschaften verändert und zwar mit einer bisher unbekanntem Geschwindigkeit.

Das System der Finanzierung der Non-Profit-Organisationen mit allen in dieser Studie vorgestellten Einnahmequellen entstand in Ungarn in einem spezifischen Kontext. Die ungarischen Lösungen sind in großem Maße eine Antwort auf die typisch ungarischen Umstände, die man leichter mit diesen in den benachbarten postkommunistischen Ländern vergleichen kann, als mit denen, die in den meisten westeuropäischen Staaten oder in den USA herrschen. In dieser Studie wurden die wichtigsten Einnahmequellen im ungarischen 3. Sektor dargestellt und im Fall der 1%-Philanthropie auch mit den Situationen in anderen Ländern verglichen. In den vorgestellten Entwicklungen kann man eine besondere Aktivität des Staates bemerken. Er ist bisher in Ungarn immer noch der aktivste und wichtigste Akteur, von dem die meisten Initiativen stammen und der den ganzen Entwicklungsprozess fördert. Daher scheint auch die ungarische Zivilgesellschaftspolitik im Vergleich mit vielen anderen Ländern sehr integriert. Die Gesetzgebung in diesem Bereich zeigt sich als eine klare Entfaltung der Zivilgesellschaftspolitik, wo jeder Schritt eine Antwort auf die Mängel der früheren Politik ist. Als die erste demokratische Regierung das Stiftungsverbot abgeschaffen hat und zu einer schnellen Entwicklung dieses Organisationstyps beitragen wollte, wurden nach der Wende erhebliche Steuervergünstigungen für die Stiftungen eingeführt. Schon 1992 wurde das Steuergesetz wegen vieler Missbräuche geändert. In den nächsten Jahren hat die Regierung mehrmals die Initiative ergriffen und weitere Reformen eingeführt (z.B. die Reform des Bürgerlichen Gesetzbuches 1993, das Gesetz zu *public benefit organisations* 1997). Um die Kirchen und NPOs weiter zu unterstützen, hat man bald auch das 1%-Gesetz verabschiedet, das später zu einem 1+1%-System wurde. Wieder hat die Regierung bald die Mängel in diesem System bemerkt, was zur Gründung des Nationalen Zivilfonds geführt hat. Diese sehr aktive Rolle des Staates scheint jedoch nicht unbedingt mit der absichtlichen Dominanz verbunden zu sein, sondern erwies sich als Antwort auf die immer noch schwache Zivilgesellschaft, die wenig organisiert keinen effektiven Einfluss auf die Politik ausüben kann.

Obwohl die meisten Initiativen in der Zivilgesellschaftspolitik in Ungarn von der Regierung ausgehen, soll man keinesfalls vergessen, dass der Prozess selbst nicht von der Regierung ausgelöst wurde. In Ungarn handelt es sich in großem Maße um eine *bottom-up*-Dynamik, die zu dem Systemwechsel 1989 beigetragen und später stark die Richtung der weiteren Entfaltung angegeben hat. Die mit der antikommunistischen sozialen Bewegung verbundene Zivilgesellschaft des demokratischen Ungarns hat lange eine bedeutende Werte-Kohärenz aufgewiesen. Die zivilgesellschaftlichen Initiativen waren nicht mehr gegen den Staat, aber oftmals neben dem Staat und hatten zum Ziel, eine freie, demokratische und integrierte Gesellschaft aufzubauen. Trotz dieser Werte

vergisst man jedoch in den letzten Jahren die Relevanz des so genannten zivilgesellschaftlichen Mehrwerts. Besonders der Staat interessiert sich vor allem an den billigen Dienstleistungen, die die NPOs liefern, und nicht unbedingt an Partizipation, Integration, Inklusion und sozialem Kapital. Die über vierzig Jahre unterdrückte Gesellschaft mit noch mehr unterdrückten Minderheiten braucht jedoch eine Schule der Demokratie, einen Wandel der Mentalität und eine effiziente integrative Kraft. Einige dieser Probleme sind der Debatte zwischen Mészáros und Sebestyén auf einer Seite und Vajda und Kuti auf anderer Seite zu entnehmen (Kapitel 3.). Obwohl das 1%-Gesetz in Ungarn schon vor dreizehn Jahren in Kraft gesetzt wurde, dauert die Debatte über seine Vor- und Nachteile immer noch an. Nur wenige Autoren unterstreichen den zivilgesellschaftlichen Mehrwert, der aus der 1%-Philanthropie gewonnen werden kann.

Einnahmequellen, die der Gegenstand dieser Arbeit sind, bilden in einer relativ armen Gesellschaft wie Ungarn ein wesentliches Problem. Der Mangel an finanziellen Mitteln erschwert vielen Organisationen die Entwicklung ihres Potenzials und fordert viel Energie sowie Zeit, die den Zielen jeweiliger Organisation gewidmet werden könnten. Die NPOs rivalisieren miteinander um die erreichbaren Mittel, die zu klein sind, um alle Akteure zu unterstützen. Die 1%-Philanthropie scheint das Problem nicht zu lösen. Obwohl innovativ und von vielen Akteuren positiv bewertet, stellt sie zurzeit nur 0,7% der jährlichen Einkommen des 3. Sektors dar und nicht einmal die Hälfte der ungarischen NPOs empfängt diese Mittel (Wygnański 2004, 8). Die Einnahmen aus den 1%-Spenden sind in Mittel- und Osteuropa sehr begrenzt, weil sie von den Einkommen der Spender abhängen und Löhne in diesem Teil Europas sind immer noch unter dem durchschnittlichen Niveau in der Europäischen Union. Aus diesem Grund wird die 1%-Philanthropie von vielen Forschern (z.B. Wygnański) als eine provisorische Lösung bezeichnet, die durch eine richtige Philanthropie ersetzt werden könnte, wenn die mittel- und osteuropäischen Gesellschaften höhere Einkommen genießen werden. Zurzeit scheint diese Strategie jedoch wirksam zu sein und sie hat viele Anhänger auch außerhalb Ungarns gefunden. Das 1%-System wurde in unterschiedlichen Formen in vier weiteren Ländern der Region implementiert, in Polen, Rumänien, Litauen und in der Slowakei. All diese Länder versuchen, ähnliche Probleme mit ähnlichen Strategien zu lösen, ob effizient und erfolgreich, zeigt sich erst in den kommenden Jahren.

Trotz dieser finanziellen Schwierigkeiten entwickelt sich der 3. Sektor in Ungarn sehr dynamisch. Die Veränderungen in den Entscheidungsmethoden, die im zweiten Kapitel dargestellt wurden, beeinflussen die Struktur der Einkommensquellen der NPOs. Diese Struktur ähnelt immer stärker dieser in den westeuropäischen Ländern und auch die

EU-Mitgliedschaft leistet ihren positiven Beitrag zur weiteren Entfaltung der ungarischen Zivilgesellschaft, wenn auch nicht durch effektive finanzielle Unterstützung. Auch die Aktivität der Bürger ist nicht zu unterschätzen. Die ehrenamtliche Arbeit bildet ein wichtiger Faktor für alle NPOs, insbesondere die kleinen, die kaum Einkommen haben. Die jüngste Initiative der Regierung – Nationaler Zivilfonds – kann noch nicht gut bewertet werden, da es sich um einen neuen Mechanismus handelt. Es mangelt daher an Daten und ersten sichtbaren Ergebnissen. Im Bereich der ungarischen Zivilgesellschaftspolitik gibt es jedoch weiterhin viel zu 'entdecken'. Nur wenige Forscher beschäftigen sich mit dieser Problematik. Die meisten Publikationen sind nur auf Ungarisch erreichbar und auch von denen gibt es nicht viele. In Ungarn wird die Zivilgesellschaft unzureichend von der wissenschaftlichen Begleitung beeinflusst, auch wegen des Mangels an zur Verfügung stehenden Informationen. Dieser junge Sektor muss noch gründlicher erforscht werden und auch dem materiellen Aspekt, also unter anderem den Einnahmequellen der Non-Profit-Organisationen, soll mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Nur tieferes Verständnis der gegenwärtigen Lage dieses Sektors ermöglicht sinnvolle und erfolgreiche Reformen sowie Veränderungen in der Zukunft.

5. Literatur:

Ash, Timothy Garton (1998): The Truth about Dictatorship, in: The New York Review of Books, Vol. 45, Nr. 3, 19.02.1998, zugänglich online auf:

http://www-personal.si.umich.edu/~rfrost/courses/ArchivesSem/Ash_Dictatorship.pdf (18.01.2009).

Bauer, Tamás (2003): Búcsú az egy százaléktól (Leave to one percent), in: Magyar Hírlap, 2. June. 2003.

Bauer, Tamás (2003): Hungary's 1% Law – Why?: The Origins and Implications of Percentage Laws, zugänglich online auf: www.onpercent.hu (7.2.2009).

Bíró, Endre (2002): Nonprofit szektor analízis, EMLA Egyesület, Budapest.

Bódi, György (2000): 1% in practice, in: 'Forint Votes' for Civil Society Organizations, Nonprofit Kutatócsoport, Budapest, SS. 243-256.

Bódi, György (2003): Az egy százalék tovább él (One percent will live on), in: Magyar Hírlap, 23. June, 2003.

Bódi, György / Jung, Adrienn / Lakrovits, Elvira (2003): Civil partnerség (Civil partnerships), KJK Kerszöv Jogi és Üzleti Kiadó Kft., Budapest.

Bullain, Nilda (2002): Hungary: Dilemmas of a Pioneer, in: Social Economy and Law Journal, Summer 2002, zugänglich online auf: <http://www.ceetrust.org/article/83/> (12.01.2009).

Bullain, Nilda (2004): Percentage Laws Explained: Percentage Philanthropy and Law, in: Török, Marianna / Moss, Deborah [Hrsg.]: Percentage Philanthropy, Budapest.

Civil Strategy of the Government (2003), zugänglich online auf: www.civil.info.hu (23.1.2009).

Csanady, Daniel (1998): Improving Civil Society in Hungary, in: The International Journal of Non-for-Profit Law, Vol. 1, Dez. 1998.

Czakó, Ágnes / Harsányi, László / Kuti, Éva / Vajda, Ágnes (1995): Individual giving and volunteering in Hungary, Nonprofit Kutatócsoport, Budapest.

Czike, Klára / Kuti, Éva (2005): Lakossági adományok és önkéntes tevékenységek, Nonprofit Kutatócsoport, Budapest.

Decreto del Presidente della Repubblica 10 marzo 1998, n. 76, Regolamento recante criteri e procedure per l'utilizzazione della quota dell'otto per mille dell'IRPEF devoluta alla diretta gestione statale, zugänglich online auf:

<http://www.governo.it/Presidenza/DICA/ottopermille/Nuovi%20documenti%20pdf/DPR%2076.pdf> (12.01.2009).

Goliński, Igor (2004): How Percentage Laws Work in Practice: Poland's 1% System, in: Török, Marianna / Moss, Deborah [Hrsg.]: Percentage Philanthropy, Budapest.

Ilgius, Vaidotas (2004): How Percentage Laws Work in Practice: How Lithuania's 2% Law Works, in: Török, Marianna / Moss, Deborah [Hrsg.]: Percentage Philanthropy, Budapest.

Instrumento de Retificacion del Acuerdo entre el Estado Español y la Santa Sede sobre Asuntos Economicos, firmado en Ciudad del Vaticano el 3 de enero de 1979, zugänglich online auf:

http://noticias.juridicas.com/base_datos/Admin/ir051279-2-je.html (14.01.2009).

Iriyama, Akira (2004): Percentage Philanthropy: A Special Issue, in: Social Economy and Law Journal, Summer-Autumn 2004, zugänglich online auf:
<http://www.efc.be/newsletters/seal/contentsseal2004.html> (12.01.2009).

Kormányprogram (1994) (Governmental Program), in: Magyar Hírlap, 18. July 1994.

KSH (2008): A nonprofit szektor legfontosabb jellemzői 2006-ban (The most important characteristics of the non-profit sector in 2006), Statisztikai Tükör, II. évf. 35.

KSH (2008): Statisztikai Tükör, II. évfolyam 35. szám, Budapest.

Kuti, Éva (1993): Defining the Nonprofit Sector: Hungary, in: Salamon, Lester M. / Anheier, Helmut K. [Hrsg.]: Working Papers of the Johns Hopkins Comparative Nonprofit Sector Project, Nr. 13, Baltimore.

Kuti, Éva (2003): Kinek a pénze? Kinek a döntése? (Whose money? Whose decision?) Nonprofit Kutatócsoport, Budapest.

Kuti, Éva (2005): A jótékonyág vállalati stratégiája, Nonprofit Kutatócsoport, Budapest.

Kuti, Éva (2006): A nonprofit szervezetek uniós pályázatokon elért eredményei, Magyar Zoltán Közalapítvány, Budapest.

Kuti, Éva (2006): Arm's length funding for civil society: Lessons from the first year of the National civil Fund in Hungary, in: Public Management Review, Vol. 8, 2006, 2, SS. 351-365.

Kuti, Éva (2008): A magyarországi civil társadalom és a nonprofit szektor helyzete, uniós kapcsolatai, fejlődési irányai, Gazdasági és Szociális Tanács, Budapest.

Kuti, Éva / Marschall, Miklós (1991): A nonprofit szektor fogalma: Egy definíciós vita, és ami mögötte van (Argument about definition of Non profit), Budapest.

Kuti, Éva: Policy Initiatives towards the Third Sector under the Conditions of Ambiguity: The Case of Hungary. (i.E.)

Legge 20 maggio 1985 n. 222, Disposizioni sugli enti e beni ecclesiastici in Italia e per il sosentamento del clero cattolico in servizio nelle diocesi, zugänglich online auf:
http://www.governo.it/Presidenza/USRI/confessioni/norme/legge_222_1985.pdf (14.01.2009).

Legge 23 dicembre 2005, n. 266, Disposizioni per la formazione del bilancio annuale e pluriennale dello Stato – Legge finanziaria 2006, zugänglich online auf:
<http://www.nonprofitonline.it/openrssi?did=4250193> (12.01.2009).

Legge 27 dicembre 2006, n. 296, Disposizioni per la formazione del bilancio annuale e pluriennale dello Stato – Legge finanziaria 2007, zugänglich online auf:
<http://www.parlamento.it/leggi/06296l.htm> (14.01.2009).

McLean, Renwick (2006): Spain ends Subsidy to Church, in: International Herald Tribune, 22.09.2006, New York, zugänglich online auf:
<http://www.ihf.com/articles/2006/09/22/news/spain.php> (14.01.2009).

Mészáros, Géza / Sebestény István (1997): Gondolatok az 1 % körül (Thoughts about 1 percent), in: 'Forint Votes' for Civil Society Organizations, Nonprofit Kutatócsoport, Budapest.

Mészárosné Lampl, Zsuzsanna / Tóth, Károly (2004): Slovakia and Hungary: The Impact of 1% Laws in Hungary and Slovakia – A Comparative Overview, in: Török, Marianna / Moss, Deborah [Hrsg.]: Percentage Philanthropy, Budapest.

Nonprofit Kutatócsoport [Hrsg.] (2000): 'Forint Votes' for Civil Society Organizations, Nonprofit Kutatócsoport, Budapest.

Salamon, Lester M. / Anheier, Helmut K. u.a. (1999): Global Civil Society: Dimensions of the Nonprofit Sector, Baltimore.

Salamon, Lester M. / Sokolowski, Wojciech / List, Regina (2003): A civil társadalom „világnézetben”, Civitalis Egyesület, Budapest.

SAPRI Hungarian National Committee (2001): The Hungarian SAPRI Studies: Final Report: Socio-Economic Impact of Structural Adjustment in Hungary, Budapest.

Sebestény, István (2003): Hitek és tévhitek egy szektor körül - Válasz Bauer Tamás cikkére (Belief and Misbelief about a sector – Answer for Tamás Bauer), in: Civil dilemmák - Kihívások és alternatívák a civil szektorban (Civil dilemmas -Challenges and alternatives in the civil sector), Civitalis Egyesület, Budapest.

Sebestény, István (2005) Civil dilemmák - Kihívások és alternatívák a civil szektorban (Civil dilemmas - challenges and alternatives in the civil sector), Civitalis Egyesület, Budapest.

Simonato, Alessandro (2006): Cinque per Mille: Profili e Problematiche Costituzionali, zugänglich online auf: http://www.labsus.org/index.php?option=com_content&task=view&id=413&Itemid=29 (14.01.2009).

Terpe, Horia (2004): The Dynamics of the 2% System in Romania, in: Török, Marianna / Moss, Deborah [Hrsg.]: Percentage Philanthropy, Budapest.

Török, Marianna (2004): Introduction, in: Török, Marianna / Moss, Deborah [Hrsg.]: Percentage Philanthropy, Budapest.

Vajda, Agnes / Kuti, Éva (2000): Citizens' Votes for Nonprofit Activities, in: 'Forint Votes' for Civil Society Organizations, Nonprofit Kutatócsoport, Budapest.

Vicesecretaria para Asuntos Economicos (2007): El Nuevo sistema de Asignacion Tribunaria en Favor de la Iglesia Catolica, Madrid, zugänglich online auf: <http://www.conferenciaepiscopal.es/economia/SistemaFinanciacion.pdf> (14.01.2009).

Waltz, Kenneth (1965): Man, the State and War: A Theoretical Analysis, New York.

Wygnański, Kuba (2004): The Origins and Implications of Percentage Laws: The Percentage System in Central and Eastern Europe – Implications for Civil Society and Public Philanthropy, in: Török, Marianna / Moss, Deborah [Hrsg.]: Percentage Philanthropy, Budapest.

Gidron, Benjamin (2008): Policy towards Civil Society in International Perspective, in: Opusculum, Nr. 27, Apr. 2008, Berlin, SS. 19-22.

6. Abbildungsverzeichnis

Grafik 1: S. 8: Entwicklung des ungarischen 3. Sektors 1990-2006. Quelle: Kuti 2009, 1.

Grafik 2: S. 12: Die Einkommensverteilung gemäß den verschiedenen Entscheidungsmethoden, 1990-2000. Quelle: Kuti, 2003, 32.

Grafik 3: S. 15: Die Einkommen des 3. Sektors gemäß den Entscheidungsmethoden in 1995 und in 2000. Quelle: Kuti 2003, 36.

Grafik 4: S. 21: Die Einkommensquellen je nach der Größe der Non-Profit-Organisation. Quelle: Vajda, Agnes / Kuti, Éva 2000, 54.

Reihe Opuscula (Auszug)

Kostenfreier Download unter <http://www.opuscula.maecenata.eu>

2005	Nr. 16	<p>Spendensendungen und Spendenabwicklungspraxis der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in Deutschland <i>Christoph Müllerleile</i></p>
	Nr. 17	<p>Die größten deutschen Stiftungen. Ergebnisse einer Stiftungsrecherche <i>Thomas Ebermann, Rainer Sprengel</i></p>
	Nr.18	<p>Strategische Philanthropie Die Umsetzung des Stiftungszwecks durch eine Großstiftung am Beispiel der Fondazione Cariplo <i>Philipp Hoelscher</i></p>
	Nr. 19	<p>Organisationen der Zivilgesellschaft und ihre Besteuerung Vorschlag für eine grundlegende Reform des Gemeinnützigkeits- und Spendenrechts</p>
2006	Nr.20	<p>Die Stiftung als Schulträgerin Eine Untersuchung zur Möglichkeit der Trägerschaft kirchlicher Schulen durch Stiftungen am Beispiel Nordrhein-Westfalen <i>Stefan Sieprath</i></p>
	Nr.21	<p>Der lange Weg der sozialen Innovation – Wie Stiftungen zum sozialen Wandel im Feld der Bildungs- und Sozialpolitik beitragen können - Eine Fallstudie zur Innovationskraft der Freudenberg Stiftung The long march of social innovation – How charitable foundations can contribute towards social change in the fields of educational and social policy - A case study on the innovative vigor of the Freudenberg Foundation <i>Pia Gerber</i></p>
2007	Nr.22	<p>Reformansätze im Bereich der gemeinnützigen Stiftungen in Deutschland Eine steuerrechtliche Analyse <i>Vroni Kortz</i></p>
2008	Nr.23	<p>Die Stiftungsgabe - Beobachtung eines Reziprozitätskreislaufs <i>Hans Christoph Kahlert</i></p>
	Nr.24	<p>Deutsche Stiftungen als ‚Venture Philanthropists‘? <i>Sira Saccani</i></p>
	Nr.25	<p>Veranstaltungsreihe „Bürgerkommune und Zivilgesellschaft“ Protokolle</p>
	Nr.26	<p>Stiftungen als Instrument staatlicher Kulturförderung am Beispiel Niedersachsen Analyse der Positionierung der niedersächsischen Landeskulturstiftungen als Instrument staatlicher Kulturförderung im Kontext der Kulturpolitik der 15. niedersächsischen Wahlperiode <i>Christopher Vorwerk</i></p>
	Nr.27	<p>Zivilgesellschaftspolitik <i>Rolf Berndt, Peer Steinbrück, Rupert Graf Strachwitz, Benjamin Gidron, Robert Nef</i></p>
	Nr.28	<p>Zivilgesellschaft, Dialog, Integration <i>Eva Maria Hinterhuber</i></p>
	Nr.29	<p>Stiftungen und ihr Beitrag zu gesellschaftlichen Veränderungsprozessen Drei Beispiele <i>Jennifer Andres, Vanessa Krieg und Ronny Studzinski</i></p>
	Nr.30	<p>Die Kultur des Stiftens – reaktualisiert und angewendet auf aktuelle Stiftungsdiskurse. <i>Melanie Waschetzko</i></p>
	Nr.31	<p>Protokoll des Workshops Bürgerengagement und Stadtentwicklung. Strukturen und Bedarfe. <i>Maecenata Institut</i></p>
2009	Nr.32	<p>Effizienzuntersuchung gemeinnütziger Stiftungen Ein internationaler Vergleich aus Managementperspektive <i>Janna Lena Förschner</i></p>